

Peter L. Berger (Hrsg.)

Die Grenzen der Gemeinschaft

Konflikt und Vermittlung in pluralistischen
Gesellschaften

*Ein Bericht der Bertelsmann Stiftung
an den Club of Rome*

Aus dem Englischen
von Karlheinz Dürr
und Ursel Schäfer

Unsichere Geister –
Populisten und Liberale im
postkommunistischen Ungarn

Frage: *Warum mögen die Populisten die Liberalen nicht?*

Antwort: *Weil sie beide gern in denselben Cafés sitzen, aber die Liberalen singen Volkslieder so laut, daß die Populisten ihr eigenes Wort nicht mehr verstehen, wenn sie über ihre Geschäfte reden.*
(Budapester Witz, 1993)

1. Populisten und »Westernizer«¹ in Osteuropa

Zu einem Zeitpunkt in der Geschichte Osteuropas Ende der 80er Jahre waren optimistische Beobachter überzeugt, daß die jahrhundertealte Spaltung zwischen den sogenannten »Populisten« (Traditionalisten, Nativisten, Nationalisten, Volkstümler) und den »Westernizern« (Westler, Modernisierer, Kosmopoliten, Liberale) aus dem intellektuellen und politischen Leben der Region verschwinden würde. Heute wissen wir, daß die Annäherung von nationalen bzw. nationalistischen und liberalen Ausprägungen des Antikommunismus eher einem gemeinsamen Feindbild als einer normativen Gemeinsamkeit zuzuschreiben war. Der Kompromiß zwischen den »Dissentern« und den

»Dissidenten« erwies sich als provisorisch: Er löste sich im Verlauf der ersten freien Wahlen in Luft auf. Der politische Diskurs füllte sich wieder mit altbekannten Konfliktymbolen, darunter sogar extreme Formen der Dämonisierung – beispielsweise die Identifikation des wiederbelebten Nationalgedankens mit Nazismus und, im umgekehrten Sinne, der liberalen Politik mit jüdischer Verschwörung. Dementsprechend mußten auch die optimistischen Prognosen über einen erdrutschartigen Sieg des »Liberalismus mit nationalem Antlitz« in Osteuropa zurückgenommen werden. Statt einer Art von Verfassungspatriotismus gewinnen heute Nationalismus, Autoritarismus und Neo-Sozialismus in vielen der neuen Demokratien an Bedeutung. In den meisten Staaten der Region werden liberale Politikfragen von illiberalen oder sogar von ausdrücklich antiliberalen Parteien umgesetzt.

Haben die Nationalisten den temporären Kompromiß durch ihre Versöhnung mit der alten Nomenklatura in den meisten dieser Länder gebrochen (siehe die »rot-braunen« Koalitionen)? Ethnische »Säuberungen« waren nicht selten das Ergebnis der Versöhnung. Wurde die Annäherung von den Liberalen benötigt, deren prokapitalistische Programme von vielen als Verrat an den nationalen Traditionen und Vergewaltigung der sozialen Gerechtigkeit angesehen wurden? Ist die neue Rivalität eine natürliche Konsequenz des sich herausbildenden Vielparteiensystems, in dem eine grundlegende Neuverteilung des politischen Raumes stattfindet? Wurde der Kompromiß durch die Tatsache aufgehoben, daß in bestimmten postkommunistischen Ländern der alte Zwiespalt die Form eines nationalen Konfliktes annahm, in dem »westorientierte« Tschechen, Littauer oder Slowenen den »ostorientierten« Slowaken, Russen oder Serben gegenüberstehen? Fragen ohne Antworten.

In den meisten postkommunistischen Gesellschaften werden die wichtigsten normativen Konflikte noch immer rituell mit umfassenden Visionen einer nativistisch-traditionalistischen oder aber westorientierten Entwicklung in Verbindung gebracht oder aus ihnen abgeleitet. Seit 1989 stehen nichtkapitalistische Programme eines »Dritten Weges« im Wettkampf mit den großen

Plänen, zum Westen aufzuschließen zu wollen. Die jeweiligen Gefolgschaften beschuldigen sich gegenseitig, falschen (innentlichen, fremdartigen, unorganischen etc.) Fortschrittvorstellungen anzuhängen und/oder die Rückständigkeit (Ignoranz, Unaufgeklärtheit, Parochialismus) romantisch zu erklären.

Die leidenschaftlich geführten Debatten sickern von den wissenschaftlichen und politischen Ebenen der rivalisierenden Weltbilder herunter und durchdringen auf der Ebene der moralischen Einstellungen, Verhaltensmuster, alltäglichen Moderscheinungen und literarischen Stilrichtungen alle möglichen Konflikte zwischen Kulturen, Religionen, ethnischen Gruppen und den Geschlechtern. So wird beispielsweise der typische nationalistische Theoretiker oder Politiker in Osteuropa die von den Liberalen geforderte Ausweitung der Rechte von Schwulen und Lesben auf folgende Weise bekämpfen: Zunächst bringt er abstrakte Vorstellungen von Nation und Familie als grundlegende gesellschaftliche Komponenten ins Spiel. Dann betont er, der einzelne habe die moralische Pflicht, die Nation zu retten, indem er den Rückgang der Geburtenrate des Landes zum Stillstand bringe (bei diesem Punkt wird sich unser Theoretiker auch auf ethische christliche Regeln der Schwangerschaft beziehen). In feierlichen Formulierungen gibt er historische Beispiele für die vielen Tugenden nationaler Helden, das Idyll der ländlichen Großfamilie und das Heldentum der Mütter. Sodann führt er ein paar quasi-pragmatische Argumente über AIDS, die Verteidigungsfähigkeit des Landes und den Sozialhaushalt an, gefolgt von Belehrungen über »normales« Sexualverhalten (wobei er möglicherweise durch Ausdrücke aus der Vulgärsprache »perverse« Verhaltensweisen karikiert) und über die staatliche Aufgabe der richtigen Erziehung der Bürger und der strengen Sanktionierung von Sexualdelikten. Er klagt den Materialismus, die Gottlosigkeit und den Relativismus des Westens an (wahrscheinlich mit antisemitischen Untertönen). Schließlich wird unser Nationalist, wenn es ihm an demagogischen Fähigkeiten nicht mangelt, die Nation warnen, daß exzessive Permissivität in einem neuen Totalitarismus unschlagen und Homosexualität früher oder später zur Pflicht werden könnte.

Wie unterstützt nun ein typischer westorientierter Liberaler die Emanzipation der Homosexuellen? Er betont zunächst, daß er – entgegen den Beschuldigungen – kein Eigeninteresse verfolge. Er wolle nur die universellen Menschenrechte schützen, die dem Menschen bei seiner Geburt zugeschrieben werden. Der liberale Theoretiker bezieht sich auf jüngere liberale Gesetzesinitiativen in fortgeschrittenen westlichen Ländern und auf heutige wissenschaftliche Erkenntnisse (z.B. über die genetischen Wurzeln der Homosexualität), um zu belegen, daß die Ausweitung der Rechte von Schwulen und Lesben nicht zu steigender Kriminalität, fallenden Geburtenraten und einer Verbreitung der durch Sexualverkehr übertragenen Krankheiten führen werde. Gerade das Gegenteil sei der Fall, argumentiert er, denn die illegalen Bedingungen, unter denen die Homosexuellen leben müßten, trügen dazu bei, daß die Sterblichkeits- und Kriminalitätsraten zunähmen. Wahrscheinlich beschränkt sich unser Liberaler nicht auf »nüchterne« Argumente, sondern zieht auch leidenschaftliche Parallelen zwischen politischer, rassischer, ethnischer und sexueller Diskriminierung, wobei er als Beispiel den Holocaust und das Terrorregime Stalins anführt. Schließlich wird er, wenn es ihm an demagogischen Fähigkeiten nicht mangelt, einige Nationalhelden durch Verweise auf ihren fehlbaren Charakter (»Weibergeschichten«, ungewöhnliche Sexualpraktiken usw.) ins Lächerliche ziehen und respektlos fragen, was denn schon dabei wäre, wenn die Nation ausstürbe? Das sei doch auch schon höheren Kulturen dieser Welt widerfahren.

Gefangen in einer Dichotomie

Ist es angemessen, die alten Bezeichnungen zu verwenden und die heutige Konfrontation einen Kampf zwischen »Populisten« und »Westernizern« zu nennen? Nichts ist bequemer, als sich in einen routinemäßigen Sprachgebrauch mit flexiblem Vokabular zurückzuziehen. Die Beobachter der Renaissance des recht vertrauten politischen Diskurses in den postkommunistischen Ge-

ellschaften scheinen sich mit den alten Klischees von »Slawophilen« und »Westlern« (*Zapadníci*) zufrieden zu geben, die im 19. Jahrhundert in Rußland geprägt wurden und später auf ähnliche normative Spaltungen in den mittelosteuropäischen Staaten der Zwischenkriegszeit übertragen wurden.² Offenkundig verloren diese Klischees während der kommunistischen Herrschaft an Relevanz. (Beispielsweise erwies es sich als sehr schwierig, die Kommunisten mit ihrem pseudo-internationalistischen Nationalismus und ihrer veralteten Modernisierungs-ideologie im Schema Populisten/»Westlerner« zu verorten.) Heute entsteht die Versuchung, diese alte Dichotomie mit Hilfe der sogenannten »Kühlschrank-These« zu reaktivieren. Demnach habe der Kommunismus die alten normativen Konflikte in Osteuropa lediglich auf Eis gelegt, so daß sie nach dem Öffnen der Kühlschränke im Jahre 1989 wieder voll in Erscheinung treten könnten.

Die These wird gewöhnlich mit dem Horrorbeispiel eines ungezügelten Nationalismus illustriert, der von der russischen *Pamiat*-Bewegung bis hin zu den serbischen *Tschetniks* alles umfaßt. Die sich lang hinziehende und in sich widersprüchliche Wiederbelebung des osteuropäischen Liberalismus paßt offenbar nicht gut zur Kühlschrank-Metapher.³ Ich fürchte, die postkommunistischen Angelegenheiten sind kaum geeignet für eine Analyse, die auf einfachen dualistischen Schemata beruht. Eine nationalistische bzw. populistische Rhetorik könnte verdecken, daß gewisse Wirtschaftsmaßnahmen streng liberale Züge trugen (Ungarn 1990–1994, Slowakei 1993–1996) und daß auf ihre Liberalität stolze Regierungen im besten populistischen Stil eine Politik der Massenprivatisierung verfolgten (Tschechische Republik). Menschen, die sich in ökonomischen Fragen als liberal bezeichnen, könnten für die Einschränkung der Abtreibungsregelungen stimmen oder sich gegen die Trennung von Kirche und Staat einsetzen (Polen). Vorgeblich westorientierte tschechische oder slowakische Politiker benutzen noch immer quasinationalistische Argumente, um die staatliche Trennung zu rechtfertigen, ganz zu schweigen von den Liberalen in den balatischen Staaten. Im Gegensatz zum serbischen Orthodoxismus

schreiben viele dem kroatischen Katholizismus einen westlichen Charakter zu, während der slowakische Katholizismus im Vergleich zum tschechischen Protestantismus als »weniger westlich« angesehen wird.

Typischerweise sind die politischen Parteien der Region in eine Anzahl rivalisierender Splittergruppen (und nicht einfach in zwei programmatische Plattformen) aufgeteilt. Die geistesverwandten Gruppierungen schließen sich dabei nicht über Partei- oder Staatsgrenzen hinweg zusammen, um zwei klar unterscheidbare politische Blöcke zu bilden. Gleiches gilt auch für ihre Anhänger in den Akademiker- und Künstlerkreisen. Um ein extremes Beispiel anzuführen: Eine Kooperation zwischen einem serbischen und einem kroatischen Liberalen gegen ihre jeweiligen nationalistischen Opponenten ist beinahe ebenso unwahrscheinlich wie eine Allianz zwischen den Nationalisten selbst. In vielen Ländern gibt es in der politischen und intellektuellen Arena keine bedeutenden liberalen Kräfte. Wenn hier überhaupt eine Spaltung sichtbar ist, so tritt sie zwischen den Repräsentanten eines moderaten und eines radikalen Nationalismus bzw. Populismus auf. Es ist also sehr schwierig, in der Dichotomie von Populisten und »Westernizern« einen Ort für die schnell an Bedeutung gewinnenden Neo-Sozialisten oder die politisch unerwartet schwachen Umweltschützer zu finden.

Auch die semantischen Hindernisse sind gewaltig. Die gegenseitige Stigmatisierung durch die verschiedenen Lager führt zu seltsamen Synonymen (populistisch, nationalistisch und konservativ auf der einen Seite; »Westernizer«, kosmopolitisch, demokatisch und liberal auf der anderen Seite), die oft wie Obszönitäten gegeneinander geschleudert werden. In der Folge werden Hybrid-Lösungen wie christliche Demokratie, christlicher Sozialismus und Sozialdemokratie von vornherein aus der Klassifikation ausgeschlossen. Die Sache wird dadurch noch komplizierter, daß Analytiker wiederholt versuchten, in diesem Kontext die Links-Rechts-Unterscheidung zu verwenden. (So fragen sie zum Beispiel, ob die neuen osteuropäischen Nationalisten eher rechts- oder linksgerichtet sind.) Umfassende Vorstellungen wie Populismus (der sich ursprünglich auf den russi-

schen *narodničanstvo* bezog und nicht auf eine bestimmte Technik politischer Mobilisierung und Manipulation) und »Verwestlichung« (ein Begriff, der sich auf eine Zukunftsvorstellung gründet, die sich mit dem westlichen Kapitalismus ständig ändert) werden einander gegenübergestellt, als stünde ihre jeweilige Bedeutung eindeutig fest. Manchmal ist es schlicht unsinnig, überhaupt nach einer zusammenhängenden Bedeutung zu suchen (z.B. bei Schirinowskijs »Liberaldemokratischer« Partei in Russland), weil die sogenannten Neuen Populisten in Osteuropa versuchen, sowohl ihren »prämodernen« Vorfahren als auch ihren »postmodernen« Kollegen im Westen zu folgen.⁴

In der einschlägigen Literatur wurde ein ganzer Katalog von Antagonismen zusammengestellt, um Bestätigungen für eine dichotomische Modellvorstellung von Ost und West zu finden: Tradition versus Modernität, Kollektivismus versus Individualismus, informelle Beziehungen versus formalisierte Institutionen, direkte versus indirekte Demokratie, Egalitarismus versus Meritokratie, Fundamentalismus versus Pragmatismus, Dogmatismus versus Relativismus, Romantizismus versus Realismus, Nation versus Bürger, Religion versus Säkularisierung, Vergangenheit versus Zukunft, Lokalismus versus Universalismus, Dorf versus Stadt, landwirtschaftliche versus industrielle Entwicklung, Naturversus technische Zivilisation, geschlossene versus offene Gesellschaft usw. Solche Begriffspaare könnte man beinahe unbegrenzt aufstellen. Wahrscheinlich waren diese Vorstellungen auch ganz hilfreich für das Verständnis der normativen Spaltungen in Osteuropa während des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seit damals jedoch erlebten sowohl die östlichen als auch die westlichen Säulen des populistisch-westorientierten Paradigmas substantielle Veränderungen. Heute könnten sich jede dichotomische Struktur als Zwangsjacke erweisen. In dem kommunistischen Kühlschrank könnte sich etwas ereignet haben – vielleicht fiel ab und zu der Strom aus, oder die Tür wurde immer wieder geöffnet, denn einige der alten Konflikte waren 1989 bereits verfault. Doch manche andere überdauerten und konnten sich der veränderten Umwelt anpassen. Um diesen biophysikalischen Unsinn zu vermeiden, ziehe ich eine weniger wis-

senschafterliche Metapher vor, nämlich die Metapher von den Geistern, denen die kommunistischen Machthaber in regelmäßigen Abständen erlaubten, aus ihren Gräbern zu steigen, damit sie ander erschrecken und sehen konnten, wie sich die Welt inzwischen verändert hatte. Um es vereinfacht auszudrücken: Die Populisten wurden reaktiviert, wenn die kommunistische Elite eine patriotische Legitimation benötigte, während die Westler gerufen wurden, sobald die Nomenklatura beschränkte Reformen des Marktes einleiten und das Land gegenüber dem Westen ein wenig öffnen wollte. Kein Wunder, daß unsere Geister durch dieses Jahrzehntelange Verschwinden und Wiederauflauchen zu recht unsicheren Gestalten wurden.

Wettkampf in Entscheidungsschwäche

Ost und West – was bedeutet das? Die Trennung Mitteleuropas von Osteuropa, die Krise Russlands, das Überleben des Kommunismus in China usw. sind spannende Rätsel, die die ganze Vielfalt von »östlichen« Entwicklungen zeigen. Selbst wenn man die Frage außer acht läßt, was »Osten« nach dem Zusammenbruch des Ostblocks bedeutet: Wer würde es wagen, die Vorstellung des »Westens« genauer zu erläutern? Denn der Westen hat – je nach dem Blickwinkel – entweder ein postmodernes Stadium erreicht oder feiert gerade den Triumph des Liberalismus. Für ein gedankliches Experiment wollen wir hier einmal von der letzтgenannten Annahme ausgehen. Wenn liberale Ideen die Welt eroberen, welchem Hauptstrom innerhalb des Liberalismus könnte sich Osteuropa anschließen? Im amerikanischen konservativen Denken beispielsweise könnten sowohl osteuropäische Nationalisten als auch Liberale ohne Schwierigkeiten feste Bezugspunkte finden, je nachdem, ob sie von den verschiedenen Theorien die kommunitaristische Botschaft oder die des freien Marktes wählen. Oder nehmen wir das Beispiel des egalitären (kommunitaristischen, multikulturellen) Liberalismus: Würde es sich hier um ein populistisches oder ein westorientiertes Konzept handeln, wenn es von breiten Kreisen der Intellektuellen in Osteuropa akzeptiert würde? Gibt es »jenseits der Aufklärung« noch immer eine Quintessenz westlicher Zivilisation, die postkommunistischen Reformen als universales Ziel dienen könnte? Ob wir den postmodernen Skeptizismus oder die liberale Euphorie akzeptieren oder nicht, die Entscheidungsträger der Transformation müssen sich doch mit beiden Möglichkeiten auseinandersetzen.

Was den realen Kapitalismus angeht, so können die heutigen »Westernizer« mit »Westen« auch Osten (Asien) oder Süden (Europa) meinen, wenn sie Erfolgsgeschichten untersuchen wollen. Mit anderen Worten: Auf dem Markt der Ideen werden sowohl mehr als auch minder liberale Optionen angeboten. Ein heutiger Westler blickt selbst dann auf eine viel buntere Mischung von Formen des Kapitalismus als sein *zapadnik*-Vorläufer am Ende des 19. Jahrhunderts, wenn man ihm den Gedanken eines vereinten Europa als eine fast zwangsläufige Bestimmung des Verwestlichungsprojektes suggeriert. Der am Westen Orientierte wird auch durch die Tatsache verschreckt, daß er im Alltagsgeschehen des westlichen Kapitalismus eine große Zahl »östlicher« Elemente erkennt (französischer Separatismus in Quebec, Religionskonflikt in Nordirland, organisierte Korruption in Italien und Japan, romantischer Antikapitalismus in den europäischen ökologischen Bewegungen, staatlich regulierte Modernisierung in Südostasien, wieder auftretender rechtsextrem Populismus in Westeuropa, nationale Rivalitäten in der Europäischen Union usw.). Um es ein wenig übertrieben zu formulieren: Unser »Westernizer« weiß nur eines mit Gewißheit: daß nämlich die (Wieder-)Eingliederung in den Westen die einzige Garantie sein könnte, seinem Land weiterhin die Zugehörigkeit zur Nordhemisphäre zu sichern. Gleichzeitig fühlen sich selbst die überzeugtesten »Westernizer« von den westlichen Politikern ein wenig im Stich gelassen, die 1989 weitere Unterstützung und leichtere »Beitrittsprüfungen« für Osteuropa versprachen.

Der Populist mag angesichts der Inkonsistenz des Verwestlichungsprojektes Genugtuung empfinden, doch steht er selbst noch größeren Schwierigkeiten gegenüber, wenn er die nationa-

len Traditionen zu definieren versucht, die er gern schützen möchte. Wo ist denn die Bauernschaft (»die Säule der Nation«), die er emanzipieren will? Wo ist das ländliche Idyll, das zu schützen er sich verpflichtet? Was heißt schon nationale Kultur in der Zeit des Internet und des Satellitenfernsehens? Wie kann jemand Isolation und Egalitarismus predigen und sich für soziale Großexperimente einsetzen, nachdem gerade Jahrzehnte kommunistischer Autarkie, sozialer Nivellierung und ständiger Experimente zu Ende gegangen sind? Denn durch das Ancien régime wurden auch staatlicher Paternalismus, Kollektivismus, sozialer Protektionismus usw. teilweise diskreditiert. Antikapitalismus setzt zunächst einmal einen real bestehenden Kapitalismus voraus. Der Gebrauch des Antisemitismus für politische Programme hat sich seit dem Holocaust verändert. Ethnizität und Religion (d.h. die beiden Schwachpunkte der liberalen Standardtheorie) bleiben solange Trumpfkarten in den Händen des osteuropäischen Populisten, bis der Kapitalismus auflebt und Argumente gegen sich selbst liefert. Er könnte allerdings auch darauf vertrauen, daß ein nostalgischer Kommunismus weiterlebt. Nach einer Weile können sich diese drei Quellen vereinen (ethnischer Nationalismus, wiedergeborener Antikapitalismus und frisch übertünchter Kommunismus), und der Populist kann dann seinen Trumpfkarten das Prinzip der sozialen Verantwortung, strenge Moralstandards und den Ruf nach Recht und Ordnung hinzufügen. Angesichts der teilweisen Abwertung des Nationalismus in der Folge des jugoslawischen Krieges und der Kriege in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion steht gegenwärtig die Kritik des »Wild-Ost-Kapitalismus« im Zentrum des populistischen Diskurses in Osteuropa. Wird diese neue Verbindung den Populismus retten oder zerstören? Wird der Flirt mit einem nostalgischen Kommunismus in einer tödlichen Umarbeitung enden? Diese Dilemmata sollten für osteuropäische Analytiker eine Herausforderung darstellen, die alten Dichotomien auf den neuesten Stand zu bringen, abzubauen oder aufzubrechen.

Die Reform unserer konzeptuellen Schemata ist um so dringlicher, als die Populisten und Westler bereits damit begonnen

haben, ihre Programme zu reformieren. Dies soll mit einem Beispiel aus der gegenwärtigen Entwicklung ökonomischen Denkens illustriert werden. Im Verlauf der letzten Jahre mußten die liberalen Ökonomen Osteuropas das Paradox akzeptieren, daß der Markt nicht ausschließlich durch den Markt geschaffen wird, daß der Staat als Agent für Deregulierung auftreten kann und daß die Liberalisierung soziale Unterstützung benötigt. Infolgedessen haben sich die Verwestlichungsdeale zügig von einem weniger interventionistischen, gelegentlich neoliberalen Kapitalismusmodell zu einem stärker interventionistischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt.⁵ Gleichzeitig mußten sich die populistisch orientierten Ökonomen damit auseinandersetzen, daß sich aus der nationalen Isolation, dem staatlichen Dirigismus, dem Kleinunternehmertum, dem agrarischen und sozialen Protektionismus und dem Antikonsumismus ernsthafte Einschränkungen in bezug auf die Weltwirtschaft oder auf den europäischen Integrationsprozeß ergaben. Bis heute haben im ehemaligen Ostblock weder neoliberal noch populistische Revolutionen in lateinamerikanischem Stil stattgefunden.⁶ Zwar könnte die letztgenannte Version im östlichen Teil der Region jederzeit ausbrechen, doch scheint eine allmähliche Annäherung der Programme beider Lager wahrscheinlicher. Bestimmte Formen des Konservatismus, des kommunitarischen Liberalismus, des Ökologismus usw. könnten sich als geeignete Felder für eine Zusammenführung erweisen. Möglicherweise es auch, daß sich die Antagonisten angesichts der Schwierigkeiten bei der Formulierung kohärenter populistischer und westorientierter Programme veranlaßt sehen könnten, die großen Ideologien zu ignorieren und mit einer postmodernen Konzeptmischung im Sinne von »Alles ist möglich« zu experimentieren. Heute machen zwei wichtige politische Gruppierungen Anstalten, die alte normative Kluft beiseitezuschieben oder ins Lächerliche zu ziehen: die Neosozialisten und die Neuen Populisten. Diese Geister sind alles andere als unsicher.

Obwohl es im heutigen Osteuropa recht schwierig ist, die Debatten über das Verhältnis der Tradition zur Moderne, des Nationalismus zum Liberalismus und dergleichen in die Modellvorstellung von Populismus und Westannäherung zu zwängen, gibt es ein Land in der Region, in dem diese Typen normativer Brüche a) in einer klaren dichotomischen Struktur und b) in einer überraschenden historischen Kontinuität beobachtet werden können. Dieses Land ist Ungarn.⁷

In Ungarn sind folgende Entwicklungslinien feststellbar: Starke, aber nur halbwegs erfolgreiche Versuche einer Verbürgerlicherung seit dem frühen 19. Jahrhundert, in deren Folge eine unverhältnismäßig große Intellektuellenschicht entstand, aber die Bauernfrage nicht gelöst werden konnte (d.h., die Truppen waren kampfbereit, und es gab Munition im Überfluss); eine kurze Periode des strengen Kommunismus, gefolgt von dreißig Jahren eines relativ nachgiebigen reformkommunistischen Systems (d.h., den Kriegslüstern wurde gestattet, aufeinander zu schießen, und manchmal wurden sie auch dazu gedrängt); ethnische Homogenität, große ungarische Minderheiten in den Nachbarländern und eine große jüdische Gemeinde in Budapest (d.h., die Fronten zwischen »ungarischen Nationalisten« und »jüdischen Liberalen« blieben relativ stabil); keine dominante Kirche und ein hohes Maß an Säkularisierung (d.h., keine Religion stand bereit, die Kämpfer zu versöhnen oder über den Konflikt hinweg zu vermitteln). Als Ergebnis dieser Entwicklungslinien lassen sich zwei große Lager von Intellektuellen und Politikern feststellen, die in der Hauptstadt konzentriert sind und die jeweils andere Seite als »Populisten«, »Volkstümler« oder »Nationalpopulisten« bzw. als »Urbane«, »Liberale« oder Westler bezeichnen, wobei manche von diesen Titeln wechselseitig akzeptiert werden. Sie benutzen also noch im Jahre 1996 Begriffe, die im 19. und frühen 20. Jahrhundert geprägt wurden, und werden nicht müde, ihre Konfrontation als regelrechten »Kulturkampf« aufzufassen, der über die konventionellen politischen Auseinandersetzungen hinausgeht.

In diesem Beitrag will ich zu erklären versuchen, warum der Konflikt zwischen Populisten und Liberalen (nachfolgend kurz PL-Konflikt genannt)⁸ ein solches Maß an Kontinuität aufweist. Was ereignete sich im »kommunistischen Kühlenschrank«? Wie konnte die PL-Kontroverse sogar den Zusammenprall von Kommunismus und Kapitalismus während der Revolution 1989 fast übertreffen? In meinem Beitrag will ich auch untersuchen, warum die Aussöhnung bislang gescheitert ist, und wie sich ein Waffenstillstand in Frieden umwandeln lassen könnte. Schließlich werde ich über die Vermittlungsmöglichkeiten zwischen den beiden Lagern nachdenken. Was wäre das Ziel: gegenseitige Tolerierung oder kulturelle Synthese? Welche Vermittlungsansätze schlugen fehl, und welche könnten erfolgversprechend sein? Kann der PL-Konflikt endgültig beendet werden?

In Ungarn betrachtet man den PL-Konflikt als ehemes Ge-
sez des gesellschaftlichen Lebens. Die Populisten verfassen tragi-
sche Balladen und die Liberalen ironische Untersuchungen
über die Frage, warum ihr Konflikt nicht lösbar sein kann. Hin-
sichtlich großer Lösungen bin auch ich skeptisch, deshalb werde
ich mich mit bescheideneren Lösungsmöglichkeiten befassen.

2. Populisten und Liberale im Ungarn der 30er bis 90er Jahre

Die Vorkriegsdebatte und die »Erbösönde«

⁷Garten Ungarn«, »Erhebung der Bauernschaft in die Nation«, »qualitativer Sozialismus«, »Dritter Weg«, »ex oriente lux«, das Aufbrechen des Monopols der Feudal aristokratie, der Katholischen Kirche und des jüdisch-deutschen Kapitalismus, »sündiges Budapest«, »tiefe« im Gegensatz zu »verwässerten« Ungarn usw.: Das waren die Standardslogos der populistischen Terminologie im Zeitraum von den späten 20er Jahren, als die ersten Manifeste⁹ von populistischen Ideologen veröffentlicht

wurden, bis zu dem Treffen von 1943 in Szárszó, ihrer letzten großen Zusammenkunft vor dem Kriegsende.¹⁰

Mit wenigen Ausnahmen handelte es sich bei den Populisten um Schriftsteller, manche davon waren hochgebildete Talente. Insgesamt waren es nicht mehr als zwei Dutzend Intellektuelle, die über keine formale Organisation verfügten und nur ein oder zwei literarische Zeitschriften herausgaben. Die Populisten brachten kurzlebige politische Aktionen (so beispielsweise die »Neue Geistige Front« im Jahre 1935 und die Märzfront 1937) und dauerhafte kulturelle Initiativen hervor (Soziologie der ländlichen Gesellschaft sowie eine Art Volkshochschulen), aber keine neuen politischen Bewegungen oder Parteien. Sie verschrieben sich einer Art plebeischem Radikalismus gegen die Aristokratie und die sogenannte christliche Mittelschicht (einschließlich der gehobenen Schichten) und liebäugelten gleichermaßen mit Kommunisten und Proto-Faschisten. Mit anderen Worten: Als Nachfolger der Tradition des Agrarsozialismus (viele von ihnen stammten vom Land) konnten sie sowohl die feudalistische und kapitalistische Ausbeutung kritisieren als auch für eine »Blut-und-Boden«-Lebenskraft eintreten, wobei sie häufig antideutsche, antisowjetische und antisemitische Argumente vortrugen.

Der Dritte Weg, das synthetische Konzept der populistischen Theorie in Ungarn, bedeutete, daß man den westlichen (vor allem den deutschen und jüdischen) Kapitalismus vermeiden wollte, ohne sich für den russischen Kommunismus entscheiden zu müssen. Dieser Vorstellung zufolge gab es in der Mitte eine Art national orientierten Agrarsozialismus, der den besten (und moralisch überlegenen) Weg darstellte, den Feudalismus zu überwinden und die »Bauernfrage« zu lösen, die das entscheidende gesellschaftliche Problem Ungarns darstellte. Die grundlegenden Forderungen des populistischen Programms waren die Landreform und die kulturelle Emanzipation der Bauern. Die Idealisierung nationaler Selbständigkeit, die Gleichsetzung von Nation und Volk sowie von Volk und Bauernschaft, eine antikatholische, protestantisch getönte Rhetorik und gesellschaftliche Verantwortung für die Armen (die »drei Millionen Bettler« von

Ungarn) waren ebenfalls wichtige Komponenten dieser nur auf einen Problempunkt gerichteten Bewegung von volkstümlichen Intellektuellen. Im Gegensatz zur damals vorherrschenden Ideologie war der Nationalismus der Populisten ursprünglich nicht irredentistisch. Statt eines revanchistischen Ansatzes im Hinblick auf den Friedensvertrag von Trianon, durch den Ungarn zwei Drittel seines Territoriums einbüßte, pflegten viele Populisten den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Gedanken einer Donau-Konföderation der »reinen jungen Völker« mit ihren autarken Wirtschaftssystemen. Die Populisten waren aber auch nicht dogmatische Antimodernisten; vielmehr traten sie für eine besondere, »organische« Modernisierungsstrategie ein, die von unten, vom bürgerlichen Land ausgehen und sich nicht auf »parasitäre Fremde« stützen sollte, sondern auf die einheimischen Kleinunternehmer, ihre Kooperativen und Banken. Die Industriearbeiter wie auch die städtische Mittelschicht entgingen der Aufmerksamkeit der Populisten.

In diesem Programm wurde eine gnadenlose Kritik des ungarischen Feudalismus mit den Forderungen nach einem romantischen Antikapitalismus verknüpft. Das forderte die liberalen Denker heraus, die sich natürlich auch durch die rassistischen und nationalistischen Argumente der Populisten reizten ließen. Die Liberalen¹¹ repräsentierten nicht das proto-faschistische Horthy-Regime, das die Zwischenkriegszeit in Ungarn beherrschte. Dennoch wurden sie – das heißt, eine kleine Gruppe von Schriftstellern und Journalisten, die sogar noch weniger organisiert waren als ihre Gegenspieler – Mitte der 30er Jahre zum Ziel der heftigen populistischen Kritik. Schon gegen Ende der 20er Jahre hatte sich genügend intellektueller bzw. ideologischer Zündstoff in der Kontroverse angesammelt, so daß nur noch ein Funken fehlte, um den normativen Konflikt zu entzünden. Diesen Funken lieferte ein Artikel im Jahre 1934, in dem der »Papst« der Populisten, László Németh, erklärte, es sei erforderlich, den Einfluß der Juden auf die ungarische Literatur zu begrenzen. Der Gegenangriff war unvermeidlich: Ein führender Vertreter der Liberalen beschuldigte Németh, ein geistiger Terrorist zu sein. Er reagierte mit der Analogie des Shylock aus dem »Kauf-

mann von Venedig», womit sich die Debatte in der Frage nach dem Verhältnis von Juden zu Nicht-Juden festfuhr. Seit jenem Duell hat es keinen dauerhaften Frieden mehr zwischen den Fronten des PL-Konfliktes in Ungarn gegeben.

Die Liberalen fühlten sich durch einen kurzen Annäherungsversuch beleidigt, der 1935 zwischen den populistischen Schriftstellern und dem radikal-nationalistischen Ministerpräsidenten Gyula Gömbös stattfand und durch den die Solidarität innerhalb der Intellektuellengruppen aufgebrochen wurde. Diese Episode wird von den Liberalen als »Erbsünde« angesehen. Selbst wenn es zuvor schon einen rationalen Disput zwischen den beiden Gruppen gegeben hätte, so wäre doch eine Versöhnung angegesichts der Tatsache sicherlich ausgeschlossen gewesen, daß die antijüdische, im Stile der Nürnberger Gesetze erfolgende Rechtssprechung im Ungarn der zweiten Hälfte der 30er Jahre durch viele Populisten unterstützt (oder stillschweigend hingenommen) wurde. Dieses ganze Drama spielte sich in Budapest ab, manchmal sogar an benachbarten Tischen desselben Cafés. Es endete mit der physischen Liquidation einer großen Zahl von Liberalen und mit der unheiligen Allianz der Populisten mit dem rechtsradikalen Regime oder seiner kommunistischen Opposition während des Krieges.

Die Liberalen befanden sich während der gesamten PL-Kontroverse in den 30er Jahren in der Defensive. Sie bemühten sich nach Kräften, in den Ebbe-Zeiten des Liberalismus zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Weltwirtschaftskrise vom kapitalistischen Modernisierungsprojekt so viel wie möglich zu retten. In den Reihen der Liberalen befanden sich nur wenige elitäre Liberale. Liberale waren im wesentlichen Sozialdemokraten, die vom kapitalistischen Fortschritt wachsenden Wohlstand für die arbeitenden Klassen (einschließlich der Bauernschaft und der urbanen Mittelschichten) erwarteten, aber ohne starke staatliche Einmischung und sozialen Protektionismus. Sie konnten jedoch keine schnell wirksamen Lösungen für die Probleme der ländlichen Arbeitslosigkeit, Massenarmut, Auswanderung usw. anbieten. Verständlicherweise mangelte es ihnen an klaren ökonomischen Vorstellungen über die unmittel-

bare Zukunft des Kapitalismus, doch erteilten sie den Populistern Nachhilfeunterricht über die Vorteile der Industrialisierung, des Außenhandels und des Bankenwesens oder richteten ihren Blick auf die Verteidigung der menschlichen und bürgerlichen Freiheiten, die durch das Aufkommen des Nationalsozialismus bedroht waren. Die Liberalen sorgten sich um die drohenden Verbindungen zwischen populistischen und faschistischen Theorien. Deshalb betonten sie die Unterschiede zwischen mythischer und rationaler Abwägung, zwischen ethnischen und politischen Vorstellungen von Nation, zwischen Dekadenz und Zivilisation, zwischen ländlichem Idyll und wirtschaftlichem Fortschritt usw. Und sie blieben ihrem Erikett des »Urbanen« treu, indem sie gegen die »jungfräulichen Provinzen« die Vorstellung von der Stadt und vor allem der kosmopolitischen Metropole verteidigten.

Die Mehrheit der Liberalen stammte aus jüdischen Mittelschichtfamilien. Trotz der politischen Unterschiede innerhalb der Gruppe (unter ihnen gab es Anarchisten, radikale und konservative Liberale, Sozialdemokraten und sogar Kommunisten) herrschte ein starker normativer Zusammenhalt in bezug auf einige Grundfragen des Liberalismus. Ihre Kult-Zeitschrift nannten sie »Nyugat« (Westen) und predigten verzweifelt die »europäischen Werte« der Zivilisation in einer Zeit, in der sich die europäische Identität in einer tiefen Krise befand. Es kann deshalb nicht verwundern, daß sie nicht einmal bei den gemäßigtesten Populisten Widerhall fanden. Doch im Rückblick läßt sich vielleicht das Terrain lokalisieren, in dem die Kämpfer des Kriegsbeil gemeinsam hätten begraben können. Im Prinzip hätte ein sozialdemokratisches Wirtschaftsprogramm im Stil des *New Deal* mit Akzent auf der Landwirtschaft als Kompromiß dienen können. Der gemeinsame Feind hätte im sogenannten »Neo-Barock«-Regime des Admirals Horthy, im deutschen Faschismus und im sowjetischen Kommunismus gefunden werden können. Doch wenn eine Annäherung zwischen den beiden Seiten stattfand (z. B. in der »Märzfront«), folgte sie statt dessen der Logik populistischer Argumente. Aufgrund der gegenseitigen Stigmatisierungen (»Snobs« und »Bauern«,

»Fremde« und »Antisemiten«) war die jeweilige Gruppensolidarität ausgesprochen stark ausgeprägt. Während der Kontroverse trat kein einflußreicher Vermittler auf, und zwischen den beiden Lagern gab es so gut wie keine Wanderbewegungen (keine Bekehrten, keine Verräter). Die persönlichen Streitigkeiten, die widerlichen Rachezüge, das bösartige Gerede, die Vorurteile und Denunziationen bildeten Bestandteile einer feindlichen Beziehung, die an Stammesfehden erinnerte. Die Rivalität diverser Interessengruppen auf dem intellektuellen Marktplatz und die Intrigen der Regierung (wobei allerdings die Konfrontation nicht in Parteipolitik übergeleitet wurde) mögen weitere Gründe für den mangelnden Versöhnungswillen gewesen sein.

Streit unter kommunistischer Kontrolle

Dient dem Herrn

Die Nachkriegsjahre waren von einer emotionalen Mischung aus Wiederaufbaueuphorie, Reue und einem demokratischen Neubeginn gekennzeichnet. Diese Konstellation hätte den Freiden in der PL-Konfrontation bewirken können, wenn sich die Kommunisten nicht in den Streit eingemischt hätten. Tatsächlich hatten sich ein paar junge Marxisten schon während der 30er Jahre als Mitglieder der populistischen Bewegung aktiv an der Polemik beteiligt. Als die Kommunisten in der zweiten Hälfte der 40er Jahre eine allmähliche Gleichschaltung der Bauernparteien betrieben, bekehrte sich eine große Zahl von ehemaligen Populisten zum neuen Glauben. Vom Opportunismus ihres Handelns einmal abgesehen, waren sie von der Tatsache sehr angetan, daß die Kommunisten ihre Landreformprojekte und viele ihrer legalitären, sozial-protektionistischen Ideen übernommen hatten. Außerdem schätzten sie die antireaktionäre Rhetorik und den Basisaktivismus der neuen Herrscher. Einige Jahre lang glaubten sie deshalb an die großzügigen Versprechungen der Kommunisten in bezug auf freie landwirtschaftliche Ge-

An der Spitze der Kommunisten standen ausnahmslos Juden, die der Moskauer Fraktion der Partei angehörten. Ihr Image war nicht gerade patriotisch. Um den »fremden« Charakter des marxistisch-leninistischen Programms auszugleichen, erfanden sie eine neue, auf der Vorstellung von Volk und Nation gründende Interpretation der ungarischen Geschichte. Nach diesem Ansatz war das kommunistische Regime das Ergebnis einer langen Reihe von Kämpfen um nationale Unabhängigkeit und soziale Gerechtigkeit – der Kommunismus gleichsam als die Verkörperung der plebejischen Wahrheit. Die Bauern wurden zu Agrarproletarien umstilisiert und mit der Arbeiterklasse zusammengefaßt. Damit sollte erreicht werden, daß der Populismus mit der marxistischen Klassenkampftheorie harmonierte. Die beiden Gedankenwelten überlappten sich auch in bezug auf die Idealisierung des »Volkes«. Der Beginn des Kalten Krieges, die heftige Anti-West-Kampagne in der Sowjetunion und der nationalistische Eifer der *Zhdanovschina* stellten ein festes Fundament dieser Koalition dar.

Erstaunlicherweise überlebte die Allianz von Populisten und Kommunisten mehrere problematische Entwicklungen: a) die erzwungene Errichtung des Kolchozesystems und die Verarmung der Dörfer in den späten 40er und frühen 50er Jahren; b) die Niederschlagung des Aufstandes von 1956 und die darauf folgende »sozialistische Konsolidierung«, deren Höhepunkt eine neue Welle umfassender Kollektivierung in der Landwirtschaft darstellte; c) die quasi-liberalen Wirtschaftsreformen unter János Kádár während der 60er und 70er Jahre, die zu Einkommensunterschieden und Verwestlichung von Lebensstil und Konsummustern führten – Entwicklungen also, welche die populistische Ideologie stets verflucht hatte. Zur Erklärung dieses Paradoxons reicht der einfache Verweis auf opportunistisches Verhalten nicht aus. Viele führende Populisten ließen sich durch spektakuläre, aber eher zweitrangige Regierungsämter korrumpern. Darüber hinaus fühlten sie sich zwischen 1953 und 1956 vom Programm der bauernfreundlichen Fraktion der kommunistischen Partei angezogen, die von Imre Nagy, dem Ministerpräsidenten der Revolutionszeit von 1956, geführt wurde. Später

wirkte auch Kádárs pragmatische Agrarpolitik auf die Populisten attraktiv, die auf halbprivatisierten Kooperativen basierte und durch die die Bauernfrage in Ungarn im großen und ganzen gelöst wurde. Bis zu den 80er Jahren hatte sich bei einigen populistischen Radikalen der jüngeren Generation die Überzeugung durchgesetzt, daß die ungarische Nation einen unangemessen hohen kulturellen Preis für das Wirtschaftswachstum in den Privaten gezahlt habe. Doch statt den Kommunisten endgültig den Rücken zuzuwenden, fanden sie in der kommunistischen Führung in der Person von Imre Pozsgay erneut einen »Paten«. Pozsgay stammte vom Land und war aus eigener Kraft zu einem Parteintellektuellen aufgestiegen; damals stand er im Wettkampf mit György Aczél, der seit 1956 als Chefideologe Kádárs fungierte und noch dazu seiner sozialen Herkunft nach ein städtischer Jude war.

Welche Rollen wiesen die Kommunisten nach dem Krieg den wenigen verbliebenen Vertretern des städtisch-liberalen Lagers zu? Anders als die Populisten wurden sie nicht als »moralische Unternehmer« verpflichtet. Die Kommunisten mochten zwar an einem Mangel an patriotischer Legitimität leiden, aber nach ihrer Auffassung wiesen sie kein Modernisierungsdefizit auf. Die Kommunisten betrachteten deshalb die Liberalen verächtlich als »bürglerliche Reaktionäre« und begegneten den Sozialdemokraten, die bezüglich der marxistischen Theorie als Rivalen galten, mit Mißtrauen und Unterlegenheitsgefühlen. Keine der Nutzen. Mit Ausnahme einiger weniger linksgerichteter Sozialdemokraten, die die Kommunisten bei der Vereinigung der beiden Parteien unterstützten, lehnten die Liberalen der 30er Jahre die Zusamenarbeit ab – sie wanderten aus oder wählten den passiven Widerstand. Wer im Land blieb, wurde von Anfang an marginalisiert, nicht selten im Zusammenhang mit antisemitischen Andeutungen – eine Übung in Überkompensation seitens der kommunistischen Führung. Gleichzeitig bedachten die Kommunisten junge Intellektuelle (darunter viele Juden) aus den eigenen Reihen mit den Alltagsaufgaben der »Agitation und Propaganda«. Viele dieser Schriftsteller, Journalisten, Philosophen und Sozialwissenschaftler wurden um 1989 zu den ungarnischen Liberalen der alten Generation. Doch auf ihrem Weg zum Liberalismus mußten sie mehrere Phasen des kommunistischen Fegefeuers durchlaufen. Die Populisten sahen in ihnen die natürlichen Erben der Vorkriegs-Liberalen. Ihre eigene »Erbsünde«, den Kommunisten zwischen 1945 und 1953 gedient zu haben, ist bis heute unverziehen.

Anfang der 50er Jahre jedoch zeigte sich, daß das stalinistische Regime in Ungarn nicht in der Lage war, seine eigene Intelligenzia zu zähmen. Ohne es zu wollen, schuf das Regime Raum für sehr viele Intellektuelle, die dem PL-Konflikt neutral gegenüberstanden. So kamen beispielsweise die Mitglieder einer großen Gruppe von Dissidenten aus den Reihen jener Landjugendlichen, die in den legendären Volkshochschulen unterrichtet worden waren. Diese Schulen waren von den Kommunisten in den späten 40er Jahren geschlossen worden. Darüber hinaus rekrutierten sich diese Abweichler aus jungen kommunistischen Intellektuellen, die sich jetzt dafür schämten, in langen Artikeln in der Parteizeitung die Auflösung dieser Institutionen gefordert zu haben. Sie wurden zum Kern der revolutionären Generation von 1956. Daß sie gegenüber dem PL-Konflikt immun waren, hatte mehrere Ursachen: a) die gemeinsame Enttäuschung, von der kommunistischen Oligarchie betrogen worden zu sein; b) der weitgehend akzeptierte Gedanke, den Kommunismus demokatisch und patriotisch zu gestalten; c) die Tatsache, daß die ältere Generation der Populisten und Liberalen auch nach Stalins Tod 1953 weiterhin von der öffentlichen Diskussion ausgeschlossen blieb (mit Ausnahme der Revolutionswochen von 1956); d) die Beteiligung einer großen Gruppe von Sozialwissenschaftlern, Ökonomen, Rechtsanwälten und Ingenieuren an den Debatten; e) das kurzlebige Experiment mit demokratischer Politik im Jahre 1956, das es den wiedergeborenen Parteien nicht ermöglichte, den PL-Konflikt zu verschärfen. Anders ausgedrückt: Das Jahr 1956 bot mehrere Lektionen in Konfliktlösung: Wenn ein gemeinsamer Feind (die kommunistischen *hard-liner*) und eine gemeinsame Ideologie (demokratischer/patriotischer Sozialismus) vorhanden sind, wenn die Protagonisten keine moralischen

Hypothesen aus früheren Disputen mit sich herumschleppen, wenn die Sprache der Debatte zunehmend rational ist (d.h., der Diskurs der neuen professionellen Beteiligten sich nicht so leicht wie die prophetischen Visionen der Schriftsteller in bipolare Schemata zwängen läßt) und wenn es keinen Wahlkampf gibt, ist es tatsächlich möglich, daß die Populisten und die Liberalen ihre normativen Gegensätze für eine Weile überwinden.

Der PL-Frieden von 1953–1956 wurde durch die sowjetische Okkupation und die kommunistische Unterdrückung während der späten 50er und frühen 60er Jahre verlängert. Ein Gefängnis scheint eine geeignete Umgebung zur Förderung eines normativen Zusammenhalts – zumindest bei politischen Gefangenen. Doch erneut wurde die Versöhnung an den PL-Fronten von den Kommunisten gestört. Nach 1956 erwartete das Kádár-Regime nicht nur von den populistischen Patrioten Unterstützung, sondern auch von den Sozialwissenschaftlern und vor allem von den Ökonomen, die Reformprogramme für den Marktsozialismus ausarbeiten sollten¹², um die allgemeine Unzufriedenheit abzubauen. Diese zweifache Strategie setzte voraus, daß beide Lager von Intellektuellen in die, wenn auch kontrollierten, gehobenen Ebenen des politischen Entscheidungsprozesses eingebunden würden. Kádár und Aczél wandten den klassischen Grundsatz *divide et impera* in der Form der von ihnen so genannten Strategie des »Zweifrontenkampfes« und des »3T-Prinzips« an (der Begriff wurde aus den Anfangsbuchstaben der ungarischen Wörter für Verbot, Tolerierung und Unterstützung gebildet). Die Kommunisten sahen sich selbst im Zentrum der Politik und maßen die Distanz ihrer Entfernung von den imaginären – nationalistischen und liberalen – Extrempositionen, also den »beiden Fronten«, die sie vereinfachend mit »links« und »rechts« bezeichneten. Die Zensur wurde allmählich gelockert, die Toleranz wuchs in dem Maße, in dem Selbstzensur zur Gewohnheit wurde. Sowohl die Liberalen als auch die Populisten erfuhrn von Zeit zu Zeit feindosierte Unterstützung.

Die Liberalen, die jetzt aus einer großen Gruppe von vormals kommunistischen Intellektuellen (viele davon aufgrund ihrer Erfahrung im Aufstand von 1956) und einer wachsenden Zahl

von nicht der Partei angehörenden Experten bestanden, bewegten sich auf den Sozialliberalismus zu. Der Prager Frühling von 1968, die Solidarnosc-Bewegung von 1980/81 (beide Entwicklungen ließen die Populisten unberührt) und das Auf und Ab der ungarischen Wirtschaftsreformen zwischen 1964 und 1989 waren entscheidende Stadien des Lernprozesses, der vom Neo-Marxismus und Marktsozialismus zum gängigen Liberalismus führte. Zum ersten Mal in der gesamten PL-Kontroverse ging die Gleichung von Liberalismus und Judentum nicht auf. Natürlich stammten nicht wenige Anhänger der Lukács-Schule (Kindergarten und Krippe)¹³ wie auch viele der sogenannten Reformökonom – also die beiden wichtigsten Meinungsführergruppen unter den zukünftigen Liberalen – aus städtischen jüdischen Familien. Dennoch stellten sie nur einen abnehmenden Anteil der zahlenmäßig schnell wachsenden, liberal eingesetzten Hochqualifizierten dar (was übrigens als ein Zeichen für die von Kádár eingeleitete Modernisierung betrachtet werden kann).

Die Verlagerung der PL-Debatte in Richtung »jüdisch versus nichtjüdisch« setzte die Amortisierung des von Kádár eingeführten Sozialkontraktes der »kleinen Freiheiten« voraus. Der radikale Flügel der Liberalen (die sogenannte *semizdat*-Gruppe oder Demokratische Opposition) lehnte gegen Ende der 70er Jahre die Selbstzensur ab. Die Populisten hingegen, die noch immer von Schriftstellern geführt wurden, suchten in der herrschenden Elite nach neuen Projektoren, um den relativen Rückgang ihres Einflusses auszugleichen. Die Bedeutungsabnahme war die Folge der Abwertung populistischer Gedanken in den Augen der Kommunisten, die allmählich ihr eigenes – profanes – Prinzip der nationalen Legitimation einführten. Das Prinzip basierte auf dem Stolz, »die lustigste Baracke des kommunistischen Lagers« zu leiten. Diese Aufgabe erforderte eine begrenzte Liberalisierung der Wirtschaft und die Annäherung der Gesellschaft an das westliche Modell; das bedeutete professionelle (liberale) Konzepte anstelle vollmundiger Beschwörungen nationaler Tugenden oder anstelle der Sorgen um Ungarn im Ausland. Die Säkularisierung des Kommunismus stellte eine Bedrohung des nationalen Romantizismus dar: In bezug auf die normative

Kohäsion möchte ein zynischer Kommunist einem Liberalen näher stehen als einem Populist, oder zumindest würde der Populist selbst das Dreiecksverhältnis so einschätzen. Die Populisten behaupteten, Materialismus, moralischer Relativismus, Kosmopolitismus usw. seien Ergebnisse der kommunistisch-liberalen Verschwörung; es fiel ihnen nicht allzu schwer, diese Theorie zu vervollständigen, indem sie Personen wie Aczél oder Lukács als die obligatorischen jüdischen Intriganten benannten. Nachfolger von Aczél Chefideologe, Pozsgay übernahm einen Teil dieser Kritik, übersetzte den populistischen Diskurs in die Sprache der Kommunisten und trug die grundlegenden Themen (die von sozialer Anomie über kulturelle Kolonialisierung bis hin zur Tragödie der ungarischen Minderheiten reichten) in den Machtkampf innerhalb der Partei. Damals stieg das Interesse an den national-romantisierenden Sichtweisen der Populisten bei einigen führenden Kommunisten, die frustriert waren durch die Stagnation und den Verfall des Kádárschen »Wirtschaftswunders« unter einem alternden Führer. So konnten die Populisten ihre Rolle als »geistige Hofsieberanten« teilweise wiedergewinnen; der Lohn jedoch kam spät und war spärlich.

Die Spielregeln

Im ersten Abschnitt war von den Geistern der Populisten und »Westernizer« die Rede, denen die Kommunisten gestattet hatten, aus ihren Gräbern zu steigen – auf jeden Fall ein gefährliches Unterfangen. Wie konnte man ihre irdischen Aktivitäten unter Kontrolle halten? Zwischen 1945 und 1948 wurde das Wiederaufleben des PL-Konfliktes durch die noch frische Erinnerung an den Krieg verhindert. Nicht wenige Populisten bereuteten, beim Holocaust wenn auch indirekt mitgewirkt zu haben; sie bedauerten auch, daß sie so kurzsichtig gewesen waren, selbst während der Okkupation Ungarns durch die Nazis mit den Liberalen gestritten zu haben. Es vertrug sich nicht mit ihrer Ehrvorstellung, den Tod oder die Emigration ihrer Gegner als Sieg in dem normativen Konflikt zu betrachten. Auch die neue de-

mokratische Politik vertiefte den PL-Gegensatz nicht, weil es eine große Chance gab, das feudale Erbe der Horthy-Ära mit einer gemeinsamen Anstrengung zu überwinden.

Von 1948/49 an – jedoch mit Ausnahme der Revolutionszeit von 1956 – kontrollierten die Kommunisten die Entwicklung der PL-Konfrontation, indem sie ständig die relative Position der beiden Lager veränderten. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchten sie, die Beziehung zwischen den Nationalpopulisten und den Liberalen auszugleichen; hinter den Kulissen setzten sie alles daran, einen Zusammenschluß beider Lager zu vereinbaren. Durch die »Feinabstimmung« der Zensur nach 1956¹⁴ konnten die Kommunisten sowohl die ideologischen Fronten als auch die Hauptakteure, die Themen und die Sprache des PL-Konfliktes bestimmen, bis sich in den späten 70er Jahren die *samizdat*-Bewegung bildete. Während der 60er und 70er Jahre fanden in Ungarn mindestens zwei Dutzend große Debatten statt. Die Beteiligten benutzten gewöhnlich die Adjektive »populistisch« und »urban« bzw. »liberal«, wenn sie im privaten Gespräch den Konflikt interpretierten. (In den 80er Jahren tauchten diese Adjektive erneut in der öffentlichen Diskussion auf.) Was der Außenwelt als Auseinandersetzung zwischen Reform- und orthodoxen Kommunisten, zwischen national orientierten und moskauorientierten Kommunisten oder zwischen konservativen Marxisten-Leninisten und Neo-Marxisten erscheinen mochte, verhüllte häufig auch zugleich einen typischen PL-Konflikt.

Die PL-Kontroverse unter kommunistischer Herrschaft wies eine große Vielfalt von Themen auf, während die Struktur der Debatte relativ stabil blieb. Gewöhnlich forderte jemand (entweder ein Populist oder ein Liberaler) auf eigene Initiative oder auf Anregung »von oben« die Position heraus, die man für die offizielle Parteilinie hält. Während die kommunistischen Führer miteinander verhandelten, um die Haltung der Partei in dieser Diskussion festzulegen, mobilisierten sie ihre populistische oder liberale Klärenteil in und außerhalb der Partei, um auf die ursprüngliche Herausforderung zu reagieren. Die Debatten entwickelten sich fast automatisch in allseitige Kämpfe mit vielen Vermittlungsbemühungen, bis die Partei – jetzt öffentlich – ein-

griff, den unparteiischen Schiedsrichter spielte und die Debatte für beendet erklärte, indem sie die »Wahrheit« zwischen den beiden Extrempositionen bestimmte. Gerade die künstliche Definition der Extrempositionen verlängerte den PL-Konflikt und führte zur Polarisierung des politischen Diskurses. Die Diskussionen endeten gewöhnlich damit, daß die »linken« und »rechten« Protagonisten gleichermaßen gerügt wurden – wobei es gleichgültig war, ob sich die Debatten um »Konsumentensozialismus«, die Subventionierung der Kulturgüter in den 60er Jahren, Geburtenkontrolle oder Alkoholismus in den 70er Jahren, die Schattenwirtschaft oder die wohlfahrtsstaatlichen Reformen in den 80er Jahren drehten.¹⁵

Das war eine Falle. Wollte man sich aus dem Spiel verabschieden, nahm man das Risiko auf sich, daß sich die kommunistischen Führer der rivalisierenden Intellektuellengruppe zuwenden könnten. Beteiligte man sich jedoch weiter am Spiel, bestand die Chance einer allmählichen Modifizierung der Parteidirektiven zugunsten des eigenen Programms. Beide Lager versuchten, bestimmte Kombinationen auszuschließen. Die Liberalen befürchteten eine Allianz zwischen den Populistern und den orthodoxen Kommunisten, während die Populisten eine Koalition der Liberalen mit den Reformkommunisten vermeiden wollten – eine besondere Version des Gefangenendilemmas. Viele der Beteiligten entwickelten allmählich eine Art Hassliebe zueinander und waren besessen von dieser Art des Politisierens. Dieses Spiel ging so lange weiter, bis einige der Beteiligten erkannten, daß auch außerhalb des von den Kommunisten gesetzten Rahmens Chancen für eine Übereinkunft bestanden und daß der Preis dafür nicht einmal übermäßig hoch war.¹⁶ Ende der 70er Jahre hörten die beiden Lager auf, ausschließlich über die schwächer werdende kommunistische Partei miteinander zu kommunizieren. Einige Jahre lang trat direkte – und manchmal auch öffentliche – Kooperation an die Stelle indirekter Rivalität. Als Brücken zwischen den alten Antagonisten dienten nicht nur die Erinnerung an die Revolution von 1956 und das Werk des Demokratietheoretikers István Bibó (einer der wenigen ungarischen Intellektuellen, die weder als Populisten noch als Liberale

galteten)¹⁷, sondern auch die gemeinsamen Befürchtungen hinsichtlich der nationalen Unabhängigkeit sowie die ungarischen Minderheiten, der wirtschaftliche Verfall, die Umweltverschmutzung usw. Warum sollten wir keinen Friedensvertrag schließen, begannen sich einige führende Populisten und Liberale zu fragen.

Tatsächlich sprach viel für eine Aussöhnung. Die alte Generation der populistischen Kollaborateure starb allmählich aus. Zwar kamen noch immer viele jüngere Populisten aus den literarischen Kreisen, aber ihre Denkmuster waren weniger abstrakt und archaisch als die ihrer Vorgänger.¹⁸ Andererseits distanzierten sich die liberalen Dissidenten von der obersten ideologischen Klientel der kommunistischen Führung, den »Aczél-Boys«, die während des »Zwei-Fronten-Krieges« der Partei in den Augen der Populisten diskreditiert worden waren. Im Prinzip hätten die nichtkommunistischen Gruppen die Friedensverhandlungen mit einem gemeinsamen Themenplan aufnehmen können, weil ein paar typisch populistische Themen (nationale Selbstbestimmung, Armut unter dem Kommunismus, ländliche Gesellschaftsgliederung, Kritik der kommunistischen Geschichtsschreibung usw.) von den Liberalen selbst weitgeführt oder sogar in die öffentliche Diskussion eingebracht wurden. Die Liberalen waren keine *laissez-faire*-Fundamentalisten, und die Populisten träumten nicht mehr von einem »Garten Ungarn«. Die beiden Lager konnten sich über die Vermittler verstündigen (Angehörige der Generation von 1956), die es fertigbrachten, zwei größere Ereignisse zu organisieren, die in der Geschichte des antikommunistischen Widerstandes nach der Revolution einmalig waren: die *samizdat*-Veröffentlichung des Bibó-Gedenkbandes im Jahre 1979 und die Intellektuellenentagung von Monor 1985. Man hätte glauben können, der PL-Friede von 1956 würde sich wiederholen.

Doch die kommunistische Kontrolle erwies sich wieder einmal als sehr wirkungsvoll, zum letztenmal vor 1989. Die Populisten wollten ihre Integrität als lose verbundene geistige Bewegung von Dissenten bewahren; sie hielten die Tagung von Monor für einen zu mutigen Schritt bei dem Versuch, antikom-

munistische Institutionen zu begründen. Um nicht für eingefleischte Regimegegner gehalten zu werden, akzeptierten sie das formale Angebot der Pozsgay-Gruppe in der kommunistischen Führung, die ungarischen Nationalinteressen im In- und Ausland wirkungsvoller zu schützen und bestimmte kulturelle Privilegien (z.B. eine neue Zeitschrift) für die »patriotischen Kräfte« zu gewähren. Durch diese Annäherung lebte in der Diskussion das Motiv von Verrat und Sündhaft wieder auf. Die nicht-kommunistischen Gruppen wurden bis zur Revolution von 1989 daran gehindert, die PL-Grenzen zu verwischen. Statt dessen verwischte sich der Gegensatz von Kommunismus und Kapitalismus – eine Tragödie, die die meisten osteuropäischen Übergangsgesellschaften kennzeichnet.

3. Eine alte Bruchlinie in einer neuen Demokratie (1989–1996)

Vom runden Tisch zum Pakt

Westliche Beobachter bezeichnen das Jahr 1989 gerne als *annus mirabilis*. Auch die Dissidenten in Osteuropa waren fasziniert von der unerwarteten Implosion des Kommunismus und dem rapiden Verfall der Nomenklatura. In Ungarn gab es nur einen einzigen Aspekt, der die Oppositionellen noch mehr betörte: die eigene Einheit. Das ungarische Wunder von 1989 war »billig«, die kleine ungarische Revolution forderte keinen Blutzoll, und die kommunistische Herrschaftselite wurde im Gegenzug für ihren friedlichen Abgang informell entschädigt.¹⁹ Es kam auch deshalb nicht teuer zu stehen, weil auch während der sogenannten »konstitutionellen« Revolution aufgrund der Kooperation zwischen den verschiedenen Gruppen der antikommunistischen Opposition (und zwischen ihr und dem reformistischen Flügel der Kommunisten) die politischen Kosten der ersten Stadien des Übergangs minimiert werden

konnten. Keine Panzer, keine Streiks, kein konstitutionelles Vakuum.

Seit der Tagung der Dissidenten in Monor im Jahre 1985 waren die Populisten und die Liberalen damit beschäftigt gewesen, ihre eigenen – national-konservativen und liberalen – politischen Bewegungen zu organisieren und ihre eigenen Parteien aufzubauen.²⁰ Im Verlauf der Verhandlungen am Runden Tisch im Jahre 1989 zeigten die beiden Lager Übereinstimmung in vielen entscheidenden Fragen der neuen Verfassung. Allerdings wurde diese Harmonie durch gegenseitiges Mißtrauen im Stile einer konventionellen PL-Debatte über Radikalismus versus Mäßigung gestört. Die Liberalen neigten zu der Annahme, daß die Nationalkonservativen eine Geheimabsprache mit dem nationalistischen Flügel der Kommunisten getroffen hätten, während die Nationalkonservativen wiederum die militanten Manöver der Liberalen mißtrauisch verfolgten. Sie fürchteten, eine Beschleunigung des revolutionären Prozesses würde dazu beitragen, daß sich die verstreuten Gruppen der Nomenklatura wieder formierten; außerdem könnte ein Vergeltungsschlag Moskaus provoziert werden.

Zwischen den früheren Oppositionellen gab es ernsthafte Konflikte über die Zugeständnisse, die den Kommunisten im Austausch gegen deren Wohlwollen gewährt werden sollten. (Zu den brennenden Fragen gehörten die Auflösung der Geheimpolizei und der Parteimilizen, das Verfahren der Präsidentschaftswahl usw.) Doch die gemeinsame Furcht, die historische Chance für freie Parlamentswahlen zu verpassen, half ihnen, die Ränge zu schließen und die Gespräche am runden Tisch fortzuführen. Hinter der Fassade wiederauflebender gegenseitiger rhetorischer Angriffe schien sich eine einzigartige Gelegenheit für einen PL-Frieden herauszukristallisieren. Die Verfassungsgebung und die Vorbereitungen für die Wahlen brachten professionelle Akteure im Zentrum des politischen Feldes hervor. Nicht nur bei den Kommunisten wurden die Vertreter einer harten Linie im Verlauf der Verhandlungen marginalisiert. Auch bei den Nationalkonservativen wurde die westorientierte, christlich-demokratische (»national-liberale«) Gruppierung zu Lasten der radikal populisti-

stischen Gruppe in der Führung gestärkt. Die Liberalen wiederum konnten eine Reihe junger Experten (nichtjüdischer Herkunft) an der Spitze des politischen Verhandlungsprozesses platzieren. Optimistische Beobachter glaubten damals, daß in der PL-Konfrontation entlang der Grundlinien eines liberalen Patriotismus zwischen sozialem (kommunitaristischem) Liberalismus und »dezentem« Nationalismus ein *modus vivendi* existierte. Schon 1989 traten die Liberalen als Pioniere der nationalen Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion auf und qualifizierten sich als führende Aktivisten in der Umweltbewegung und in der Sozialfürsorge, kokettierten aber gleichzeitig mit kollektivistischen Eigentumsformen. Ein Teil der Nationalkonservativen wiederum war damals bereit, eine Reihe liberaler Forderungen zu akzeptieren, vom Schutz der Menschenrechte bis hin zur Privatisierung. Die Vermutung mußte also nicht als völlig naiv gelten, daß die beiden Gruppen die Erinnerung an den PL-Konflikt verdrängen und auf die gemeinsame Tradition der Verbindung von »Fortschritt« und »Vaterland« zurückgreifen würden, also entweder auf die Revolution von 1956 oder – falls diese als zu sozialistisch orientiert angesehen würde – auf die Revolutionen von 1848 und 1918, bei denen eine Verbindung von kapitalistischer Entwicklung und nationaler Unabhängigkeit in Ungarn versucht worden war.²¹

Die erste Gefährdung der Kooperation zwischen den sich entwickelnden politischen Parteien ergab sich durch das Referendum über das Verfahren bei der Präsidentschaftswahl. Das Referendum war von den Liberalen Ende 1989 initiiert worden, um die Nationalkonservativen daran zu hindern, stillschweigend den kommunistischen Kandidaten, Imre Pozsgay, zu unterstützen. Die Liberalen konnten das Referendum für sich entscheiden, indem sie die anstehenden Fragen geschickt definierten – ein Trick, der von vielen ihrer Gegner als *cäusus belli* angesehen wurde. Im Frühjahr 1990 wurde der zerbrechliche Friede durch die Parlamentswahlen erneut ernsthaft gestört, bei denen die Rivalität zwischen Populisten und Liberalen zum ersten Mal in der Geschichte Ungarns in einem modernen demokratischen Rahmen ausgetragen wurde. Nachdem die Ex-Kom-

munisten den Wettbewerb in der ersten Runde verloren hatten, brachten sich die Nationalkonservativen und die Liberalen durch wütende und haßerfüllte Ausbrüche gegenseitig tiefe Wunden bei. Die radikalen Populisten suchten in den Familien der »Vaterlandslosen« liberalen Kandidaten eifrig nach komunistischen Juden, während manche Liberale die Vertrauenswürdigkeit, die Professionalität und die »europäische Gesinnung« der nationalkonservativen Rivalen in Zweifel zogen. Im Hinblick auf die jeweiligen politischen Programme waren die Nationalkonservativen auf die nationale Befreiung, die ungarischen Traditionen, die christlichen Werte usw. stolz und versprachen einen reibungslosen Übergang der Wirtschaft. Die Liberalen betonten die verfassungsmäßigen Elemente der Revolution (parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Privateigentum usw.) und prophezeiten einen holprigen wirtschaftlichen Transformationsprozeß. Die beiden Lager besetzten somit die nationalkonservative bzw. die liberale Hälfte der politischen Arena und beschuldigten einander, jeweils die patriotischen bzw. die demokratischen Botschaften zu monopolisieren oder zu verzerrern und außerdem die andere Seite von einem wichtigen Teil des politischen Diskurses ausschließen zu wollen.

Der so angerichtete Schaden wurde teilweise durch das letzte Stück einer antikommunistischen Realpolitik wieder repariert. Das geschah unmittelbar nach den Wahlen, die mit einem Sieg der drei nationalkonservativen Parteien ausgingen. Ein paar prominenten Vertreter der beiden führenden Parteien in Regierung und Opposition unterzeichneten *sub rosa* einen Pakt über die Machverteilung, der die nationalkonservative Regierung gegenüber dem Parlament stärkte, aber die Exekutive der liberalen Überwachung durch den Staatspräsidenten unterstellte – eines Präsidenten, der praktisch von der Opposition ernannt worden war. Es war das erste (und bislang einzige) größere Abkommen zwischen Populisten und Liberalen, das pragmatischen Regeln einer politischen Kooperation folgte.

Die Liberalen erreichten einen Erdutschsieg bei den Kommunalwahlen im Herbst 1990, so daß sich eine Gelegenheit für eine Machtteilung zwischen der Zentralregierung und den Kommunalverwaltungen ergeben hätte, also zwischen den Nationalkonservativen und den Liberalen. Doch statt dessen entwickelte sich eine Reihe hochgradig emotional geführter Auseinandersetzungen. Die radikalen Populisten, die vor der Unterzeichnung des Paktes nicht konsultiert worden waren, beschuldigten nun die Gemäßigten im eigenen Lager, die demokratischen Wahlen zu hinterreiben, weil sie mit dem Erzfeind hinter den Kulissen gemeinsame Sache gemacht hätten. Sie suchten die eigenen Kollegen zu disziplinieren, indem sie schwere ideologische Angriffe gegen die Liberalen starteten. Dabei wurden die Liberalen in bekannter Manier zum einen als urbane Juden dargestellt, die, statt endlich die eigene Assimilation hinzunehmen, im Gegenteil erfolgreich versuchten, die ungarische Bevölkerung zu assimilieren. Zum anderen wurden die Liberalen als Demagogen bezeichnet, die im Unterschied zu den wirklichen Patrioten keinesfalls für die gesamte Nation sprechen könnten.²²

Die Liberalen ihrerseits gerieten durch mehrere Entwicklungen in Zugzwang: durch die schnelle Etablierung von Netzwerken einer neuen Klientel unter nationalkonservativer Führung,

durch die Zunahme staatlicher Interventionen im Wirtschaftsbereich sowie durch die Ausweitung der Regierungskontrolle in den Medien, im Bildungswesen und im Privatebenen der Bürger unter Verwendung autoritärer nationalistischer Slogans, die aus den 30er Jahren stammten. In typischer Überreaktion mochten die Liberalen die Möglichkeit nicht ausschließen, die Regierung durch zivilen Ungehorsam im Verlauf eines nationalen Taxifahrerstreiks im Oktober 1990 zum Rücktritt zu zwingen – ein Streik übrigens, der auch ein gewaltsames Ende hätte finden können, wenn der liberale Staatspräsident nicht den Einsatz von Gewalt durch die Regierung (eine typische Überreaktion auf der anderen Seite) verboten hätte.

Als Folge dieser Entwicklungen waren die Beziehungen zwischen den beiden Lagern des PL-Konfliktes im Winter 1990/91, also ein Jahr nach dem Abschluß der Vereinbarung des Runden Tisches und ein halbes Jahr nach den Parlamentswahlen, bereits wieder durch Skandale gekennzeichnet.²³ Der Einfluß intermedialer Persönlichkeiten schwächte sich ab, und an die Stelle der ausgehandelten Kompromisse trat rhetorische Unnachgiebigkeit. In gewissem Ausmaß wurden die gegenseitigen Beschuldigungen zu *self-fulfilling prophecies*. Wer unter den Nationalkonservativen als Prototfaschist beschimpft wurde, näherte sich der politischen Rechten; wer unter den Liberalen als »Liberal-Bolschewik« beschimpft wurde, schloß sich der gemäßigten Fraktion der Neosozialisten in der Demokratischen Charta an, einer lose zusammengefügten Organisation, die von linksgerichteten liberalen Intellektuellen geschaffen worden war, um die autoritäre Degeneration der Revolution zu verhindern. An diesem Punkt kam der PL-DIALOG endlich zum Stillstand. Die gemäßigten Nationalkonservativen brachen die Beziehungen zu den radikalen Populisten in den eigenen Reihen zu spät (nämlich 1993) ab, und die Liberalen gestatteten den Neosozialisten zu früh (nämlich 1991), aus der politischen Quarantäne herauszukommen. Und die beiden Lager hörten nicht auf, miteinander zu streiten, selbst als die Truppen der Neosozialisten bereits *ante portas* standen.

Der Durchbruch der Neosozialisten

Die Geburt der Charta markiert nicht nur das Ende der rationalen politischen Strategien zur Überwindung des PL-Gegensatzes durch interne Vereinbarungen. Vielmehr bedeutet sie auch den Beginn einer neuen Art von Rationalität, d.h. einer pragmatischen Strategie zur Umgehung der gesamten Kontroverse. Diese Strategie wurde von den jungen Liberalen formuliert und von den Neosozialisten übernommen. Ironischerweise zeigte sich der alte Schüler gelehriiger als der junge Lehrer. Die Neosocialisten schafften es, sich von der PL-Debatte fernzuhalten und

ihre eigenen urban-liberalen und populistischen Sympathisanten zu gewinnen, indem sie mit dem Begriff der Sozialdemokratie flexibel umgingen (sie verstanden darunter etwas, das sowohl europäisch *und* patriotisch, liberal *und* solidarisch, modern *und* traditionell war). Von den Jungen Liberalen hingegen entfremdeten sich zahlreiche Intellektuelle (und eine noch viel größere Anzahl von Wählern), weil sie die gesamte Debatte streng ablehnten, aber gleichzeitig mit beiden Lagern liebäugelten. Sie konnten letztlich nicht verhindern, in den PL-Konflikt hineingezogen zu werden.

Die Jungen Liberalen waren 1989 mit dem klaren Programm in die demokratische Politik eingetreten, im PL-Konflikt neutral zu bleiben. Sie bezeichneten den Konflikt als anachronistisch, tragikomisch und im Zusammenhang mit pragmatischen politischen Entscheidungen als nicht nachvollziehbar.²⁴ In diesem Sinne distanzierten sie sich häufig von ihren liberalen Verbündeten in der Opposition, sobald sich die Liberalen in einen der ideologischen Kämpfe mit den Nationalkonservativen einließen, bei denen es um nationale Symbole (wie Nationalfeiertage, Staatswappen, Hymne usw.), um die Interpretation der Geschichte (Faschismus und Kommunismus in Ungarn, rückwirkende Rechtsprechung usw.) oder um Menschenrechtsfragen ging. Die Jungen Liberalen hielten die Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten für wichtiger als den PL-Konflikt, der sich ohnehin nur in der nichtkommunistischen Hälfte des politischen Spektrums abspielte. Sie zweifelten an der sozialdemokratischen Bekehrung der früheren Kommunisten und näherten sich dadurch den nationalkonservativen Parteien rechts von der Mitte. Heute paßt die Sprache der Jungen Liberalen in vieler Hinsicht recht gut in den Rahmen des PL-Konfliktes (sie identifizieren die Liberalen mit den Neosozialisten und beschuldigen sie, die freie Marktwirtschaft in orthodoxer Sichtweise zu sehen, die Familie, die Kirche und nationale Fragen zu vernachlässigen, die einheimischen Kleinunternehmer zu opfern und die öffentlichen Medien manipulieren zu wollen usw.). Dennoch ist diese Art des Populismus (die Jungen Liberalen bezeichnen sich gegenwärtig als »bürgerliche De-

mokraten«) liberaler und weniger traditionalistisch als die von den Radikalen im nationalkonservativen Lager vertretene Variante.

Bis heute konnten die Neosozialisten der Versuchung widerstehen, sich in den PL-Konflikt hineinzuziehen zu lassen. Wie im Falle der Jungen Liberalen war dies auch für die Neosozialisten eine bewußte Strategie, um sich als moderne Pragmatiker darstellen zu können – das einzige Etikett, mit dem sich ihre Schatzseite (ihre historische Beziehung zur früheren Kommunistischen Partei) überdecken ließ. Das erforderte tiefstes Schweigen im Hinblick auf den PL-Konflikt und auf jegliche ideologieträchtige Streitfrage, gleichgültig, ob sie zwischen links und rechts, zwischen Populisten und Liberalen oder zwischen Kapitalisten und Kommunisten angesiedelt war. Andernfalls hätten diese Klassifikations schemata das Image der Neosozialisten beschädigen können, die sich um ihre Relegitimierung bemühten, aber alle Widersprüche verkörperten, die in diesen Schemata angelegt waren. Ihr Wahlprogramm enthielt folgende Punkte: Reform mit menschlichem Anditz; Soziale Marktwirtschaft; Kapitalismus mit nationalen Besonderheiten – alles Ziele, die sie (d.h. die liberalen und patriotischen Kräfte der ungarischen Kommunisten) schon seit den 60er Jahren hätten erreichen wollen. Die neosozialistischen Ideologen erklärten, sie würden mit großem Stolz die schwere Aufgabe übernehmen wollen, »den Kapitalismus« in sozialer und nationaler Verantwortung »aufzubauen«. Damit legten sie ihren Pfad schon lange vor ihrem Wahlsieg im Jahre 1994 quer durch den traditionellen PL-Konflikt. Sie sahen sich als die einzigen Garanten dafür, daß die sinnlosen ideologischen Debatten zwischen den Interessengruppen der Budapest Intellektuellen beendet und statt dessen echte Fortschritte im Transformationsprozeß erzielt würden. Wir werden handeln, erklären sie, nicht nur reden, und wir werden den Mittelweg zwischen liberalem und nationalkonservativem Fundamentalismus finden.

Die Hälfte dieser Vorhersagen traf ein. Die PL-Kontroverse hat in den letzten beiden Jahren stark an Heftigkeit verloren, obwohl dies teilweise auch dem Mangel an den versprochenen »echten Fortschritten« in der Transformationspolitik zuzuschreiben war. Ein wesentlicher Teil des Konfliktes wurde von der neosozialistisch-liberalen Koalition absorbiert. Das liberale Programm ist zu einem amorphen Projekt geworden, da es von den Neosocialisten in der Regierung wiederholt unterdrückt wurde. Zwar kann die bloße Existenz der Regierungskoalition die noch glühende Asche der Konfrontation im Prinzip jederzeit wieder entzünden, aber bislang kamen die Hinweise auf eine »welweite jüdische Verschwörung der Kommunisten und der Liberalen« hauptsächlich aus außerparlamentarischen Kreisen.

Aufgrund der Schwächung der Radikalen unter den Nationalkonservativen als Folge ihrer Wahlniederlage und des wachsenden Einflusses der Jungen Liberalen in der Opposition kommen die illiberalen Stimmen im Parlament meistens aus den Reihen der Kleinlandwirte, einer Partei von – wie wir sie hier nennen wollen – Populisten postmoderner Prägung. Obwohl diese Partei viel mit der ungarischen Bauernschaft vor dem Zweiten Weltkrieg zu tun hatte, war ihr Programm eines agrarischen Populismus schon immer durchsetzt von der Vision mittelständischer kapitalistischer Betriebe auf dem Land und Unternehmen in den städtischen Gebieten. Nach 1989 entliehen die Kleinlandwirte Teile des radikalen Diskurses bei den Nationalkonservativen; heute würden sie gern die unteren Schichten gegen jedes Establishment repräsentieren. Ihre politischen Manöver sind von keiner intellektuellen Kohärenz gekennzeichnet, und in ihrer Parteiführung gibt es keine visionären Intellektuellen. Die politischen Konstrukteure der Kleinlandwirte verwischen oder verleugnen nicht (wie die Neosocialisten und die Jungen Liberalen) die PL-Konflikte, sondern vertreten abwechselnd oder auch gleichzeitig konfigurierende und sogar diametral entgegengesetzte Vorstellungen. Dementsprechend bestehen sie zwar auf einer verallgemeinernden,

gegen das Establishment gerichteten Rhetorik und setzen auch alle technischen Instrumente des Populismus ein (übertriebene Versprechungen, Massenmobilisierung, charismatische Führer usw.), ziehen aber zugleich die Grundlagen der PL-Kontroverse ins Lächerliche.²⁵

In einem Jahr werden in Ungarn wieder Parlamentswahlen stattfinden. Legt man den Zyklus der PL-Kontroversen zwischen 1990 und 1994 zugrunde, so läßt sich ein baldiges Wiederaufleben der hitzigen Debatten in der politischen Arena voraus sagen. Ein wesentlicher Teil der klassischen PL-Argumente ist jedoch inzwischen irrelevant geworden; der Gewinn an Wählerstimmen, der durch eine Verschärfung des PL-Konfliktes erzielt werden könnte, scheint verhältnismäßig gering zu sein. Der Kompromiß zwischen den Liberalen und den Neosocialisten entwertete einige der typischen Beschuldigungen (Mangel an sozialer Verantwortung, Besessenheit von der freien Marktwirtschaft usw.), die den Liberalen von den Nationalkonservativen entgegengeschleudert worden waren. Ferner lernten die Liberalen und die Nationalkonservativen aus den Erfolgen der Neosocialisten (dem lachenden Dritten), daß bei einer tiefen Entwicklung in die PL-Kontroverse der Schuß auch nach hinten losgehen könnte. Und schließlich könnte die Gefahr eines postmodernen (unberechenbaren weil prinzipienlosen) Populismus die Gemäßigten in den jeweiligen PL-Lagern gegen den gemeinsamen Feind zusammenführen.

Mit anderen Worten: Der politische Raum in Ungarn wird sich aus drei Segmenten zusammensetzen: einem sozialliberalen, einem gemäßigt konservativen und einem radikal nationalstisch-populistischen Segment. Schon aus rein rechnerischen Gründen bietet ein Spiel mit drei Spielern bessere Möglichkeiten für Kooperation und konfliktübergreifende Verbindungen als ein Zwei-Personen-Spiel mit relativ homogenen Blöcken von Liberalen und Nationalkonservativen. Die Professionalisierung der postkomunistischen Politik, d.h. das Ersetzen von visionären Intellektuellen durch die neuen Parteiangestellten, trägt ebenfalls zur Aussöhnung bei. Die Intellektuellen in beiden PL-Lagern fühlen sich nämlich durch den wachsenden Zynismus

der »politischen Karrieristen« in ihren eigenen Parteien verraten; außerdem sind sie angesichts der immer neuen Kompromisse im politischen Spiel und der die Parteigrenzen überschreitenden Korruption frustriert. Die Enttäuschung, die einer ohnehin nicht sonderlich begeisternden Revolution folgte, befreit allmählich die PL-Konfrontation von ihren romantischen Zwischentönen.²⁶ Die Beteiligten der Kontroverse haben auch erkannt, daß im postkommunistischen Transformationsprozeß und in den komplizierten Verfahrensweisen des demokratischen Entscheidungsprozesses nur sehr enger Spielraum für Manöver gegeben ist und daß sich dadurch die großen ideologischen Discrepanzen zwischen den Positionen der Populisten und den Liberalen auf winzige Abstände verringern. Die parlamentarischen Diskussionen über die Abtreibungsgesetzgebung, die Reprivatisierung oder den Religionsunterricht in den Schulen (um nur drei Themen der leidenschaftlichen Debatten aus den frühen 90er Jahren anzuführen) lieferten den Beweis für diese Konvergenz in der Legislative. *Business as usual* im postkommunistischen politischen Leben führt zu einer fortschreitenden Ermüdung der an der PL-Konfrontation Beteiligten. Sollte sich also eine Wiederannäherung nur auf Desillusionierung und Ermündungsscheinungen stützen müssen?

4. Lösung oder Zivilisierung des Konfliktes?

Neue Handlung in alter Szenerie

Das moderne demokratische Staatswesen hat einen traditionellen normativen Konflikt in Ungarn instrumentalisiert – man könnte auch sagen: wiederbelebt, ausgebeutet und teilweise abgemindert. Im PL-Drama spielte die Politik jedoch nicht nur den Übeltäter, sondern auch das Opfer. Bereits 1989 war die Konfrontation zwischen Populisten und Liberalen in der Mentalität der neuen politischen Klasse angelegt. Selbst wenn die

ersten nichtkommunistischen Führer direkt vom Mond nach Ungarn gekommen wären, hätten sie dennoch nicht ihre Gesellschaft unter Intellektuellen auswählen können, die nicht zum mindest partiell in den Begriffen des PL-Konfliktes dachten und sprachen, deren Lebensgeschichten nicht von der Erinnerung an die Debatte durchdrungen gewesen und deren soziale Einbindungen und kulturelle Institutionen nicht durch persönliche Verwicklung in den PL-Konflikt geformt worden waren. Auf jeden Fall hatte diese Form der Rekrutierung eine oppositionelle Richtung. Die potentiellen Berater wurden fast über Nacht Politiker. Und genau diese Mitglieder der ungarischen Intelligenz (vor allem Sozialwissenschaftler und Schriftsteller) besetzten die Befehls höhen im Transformationsprozeß und zogen in das erste frei gewählte »Parlament der Historiker, Dichter und Rechtsanwälte« ein.

Sie brachten ihre Freunde und Kollegen mit (und nicht selten ihre Klienten und Familienmitglieder) und all ihre politischen Präferenzen, Sprachgewohnheiten und Feindbilder. Sie waren Vertreter der Vergangenheit und der Zukunft zugleich. Der typische »Revolutionär« in Ungarn war kein Jungliberaler, der angeblich gegen den PL-Diskurs immun war, sondern ein ehrenwchter Herr der Generation von 1956 oder 1968. Das heißt, es handelte sich um Männer mit Universitätsbildung, zwischen 40 und 60 Jahre alt, keine Dissidenten, sondern im Gegenteil normale Bürger des »Guláschkommunismus«, frühere kommunistische Parteimitglieder oder – zumindest teilweise – Anhänger kollektivistischer Ideologien (Marxismus, Sozialliberalismus, Nationalismus, autoritärer Konservatismus usw.). Die normativen Werkzeugkisten der neuen politischen Akteure waren also gut gefüllt, so daß sie beim ersten Anschein eines Konfliktes reflexartig zum passenden Instrument greifen konnten. 1989 waren die militanten Strategien der PL-Konfrontation noch frisch, aber nicht deshalb, weil sie im »kommunistischen Kühl schrank« aufbewahrt, sondern weil sie 1948/49 gar nicht eingefroren worden waren.

Unglücklicherweise verstärkte 1989 gerade die Möglichkeit eines Übergangs vom Kommunismus in beiden Lagern den

Glauben an die konventionellen Dichotomien. Auf den ersten Blick schien die gesamte Problematik der Transformation die alten Alternativen der Modernisierung wiederaufzuwerten: Sollte man sich in einem europäischen Rahmen dem westlichen Kapitalismus anschließen oder einer der »Dritten Wege« innerhalb der nationalen Grenzen einschlagen? Ging es um Imitationen oder Experimente? Um Fortschritt oder Vaterland?

Beide Ansätze bedeuteten einen Rückgriff auf die Geschichte, auf der Suche nach »reinen Quellen« aus einer Zeit, in der sie noch nicht von den Kommunisten vergiftet worden waren. Unter dem Schock des unerwarteten Zusammenbruchs des Sowjetsystems und des Druckes, schnell eine neue Identität zu schaffen, hatte die politische Elite nur wenig Zeit, das komplizierte Gewebe von Ähnlichkeiten und Unterschieden zu entwirren, das zwischen den 30er Jahren, 1956 und den 90er Jahren bestand. In der Folge machten sich nur sehr wenige Intellektuelle die Mühe, noch einmal über die Zeigemäßigkeit einiger alter PL-Konflikte und über die Annäherung der ursprünglichen Positionen unter dem (und gerade wegen des) Kommunismus nachzudenken.

Dies erklärt auch die unglaubliche Kontinuität der PL-Kontroverse in Ungarn. Nicht nur ein politisches, sondern auch ein rhetorisches Drama trug dazu bei, die alte Debatte zeitlich zu verlängern. »Zurück in die 30er Jahre. Neue Handlung in alter Szenerie« – so würde ich das Stück betiteln.²⁷ Während die Liberalen ihre Ahnen vor allem in der Revolution von 1956 und in der kurzlebigen Demokratie von 1945–48 suchten, fanden die Populisten ihr goldenes Zeitalter zwischen den beiden Weltkriegen. Wahrscheinlich hätten die 30er Jahre die Liberalen nicht so sehr irritiert, wenn jenes Jahrzehnt nur die plebeische Tradition des Antiliberalismus symbolisiert hätte. Doch die christdemokratischen Verbündeten der Populisten innerhalb der herrschenden Partei fanden ihre Helden in derselben Periode, wobei sie den christlichen, nationalen und Mittelschicht-Charakter des Horthy-Regimes betonten. Diese Kombination plebeischer und elitärer Symbole (übrigens ein historischer Unfug) hätte die Liberalen eigentlich nur zum Lachen bringen müssen. Statt dessen explodierten sie, als sie die altbekannten Schlagwörter

hörten: Trianon, die christliche Mittelschicht, jüdischer Kapitalismus, das Heldentum der ungarischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg usw. Die Liberalen, die von den Populisten immer beschuldigt worden waren, ahistorisch zu sein, ließen sich jetzt selbst von ihrer Erinnerung leiten.

Die Kulissen des PL-Schauspiels der 30er Jahre wurden schnell wieder aufgebaut, aber es dauerte mehrere Jahre, bis die Darsteller merkten, daß sich die Handlung des Stücks in der Zwischenzeit grundlegend verändert hatte. Die Wirtschaftsprogramme der politischen Parteien konvergierten²⁸, und die Hauptlinien der liberal-demokratischen Verfassung, welche die Verhandlungsteilnehmer des runden Tisches 1989 formuliert hatten, wurden von den Nationalkonservativen nicht in Frage gestellt. Die Kontroverse der 30er Jahre war letztlich eine prätotalitäre Kontroverse gewesen. In den 90er Jahren, also in einer posttotalitären Phase und in einem westlichen (oder vielmehr globalen) Umfeld erwies es sich als schwierig, utopische, dirigistische oder autokratische Programme zu vertreten, zumindest auf der Ebene praktischer politischer Entscheidungsfindung. Mit anderen Worten: Die Liberalen, wer immer sie auch sein mochten, haben den »Kulturkampf« in Ungarn gewonnen. Die Konvergenz erfolgte eher auf ihrer Hälfte der Bühne und nicht in der Mitte. Doch die Niederlage veranlaßte die radikalen Populisten zu verzweifelten Rückzugsgefechten auf der Ebene der politischen Rhetorik mit dem Ziel, die Bühne zurückzuerobern, bis der Pachtvertrag des Theaters (d. h. des Parlaments) ausläuft.

Im Rückblick betrachtet läßt sich feststellen, daß es sich dabei um typische Stellvertreterkriege handelt, auch wenn sie dazu beitragen, einige Brücken über die PL-Kluft wieder zu zerstören. Es war jedoch eher unwichtig, ob die Parlamentsmitglieder wochenlang darüber diskutierten, ob die Königskrone in das Staatswappen aufgenommen werden sollte oder nicht, ob ein Politiker einen Kollegen als unpatriotisch bezeichnen durfte, oder ob es richtig gewesen war, die Sowjetunion 1941 anzugreifen. Gleichzeitig schufen die rhetorischen Streiterien eine kulturelle Atmosphäre, in der lebenswichtige Fragen der täglichen

politischen Praxis, wie zum Beispiel Privatisierung, wirtschaftliche Stabilisierung, Wohlfahrtsreformen, kommunale Selbstverwaltung usw., nicht mit praktischen Begriffen beantwortet werden konnten, und in der auch ähnlich lebenswichtige Probleme der Menschen- und Bürgerrechte, wie zum Beispiel Abtreibung, die Rechtsstellung der Kirche, Kontrolle der Medien usw., nicht aus einem geeigneten Abstand diskutiert werden konnten. Die Leidenschaften verhinderten einen vernünftigen Kompromiß zwischen den konvergierenden Programmen. Es wurde deutlich, daß die beiden Lager einander auch dann nicht leiden möchten, wenn ein Diktator fehlte, mit dem man anbändeln konnte.

Meditationen über Mediationen

Trotz der rhetorischen Verlängerung der Debatte wurden die leidenschaftlichen Ausbrüche in den beiden vergangenen Jahren seltener. Wenn wir die verschiedenen Lösungsstrategien betrachten, die in den letzten sechs Jahrzehnten im PL-Konflikt angewandt wurden, finden wir keinen einzigen ausgehandelten Friedensvertrag. Vielmehr wurden provisorische Waffenstillschlüsse ohne friedenssichernde Vereinbarungen ausgehandelt. Selbst die jüngste Feuerpause (oder richtiger: »reduzierte Kriegsführung«) ist nur teilweise beabsichtigt: Sie ist zu einem großen Teil Ergebnis der allgemeinen Frustration. Die jüngste Innovationfriedensschaffender Maßnahmen im PL-Konflikt besteht darin, die Konfrontation zu leugnen, zu ignorieren oder ins lächerliche zu ziehen; dies scheint sich als hilfreiche Prävention bei unmittelbaren Krisen zu erweisen. Obwohl die Gefahr eines neosozialistischen Durchbruchs nicht zur Verringerung des Großen Zwiespals zwischen Populisten und Liberalen führte, hat doch unter dem Druck der parlamentarischen Realpolitik die Überbrückung kleinerer Kluft zwischen den beiden Lagern begonnen. Auf der einen Seite sind die Liberalen und Neosozialisten, auf der anderen Seite die Jungen Liberalen und die Nationalkonservativen näher zusammengerückt. In der Folge dieser Neuord-

nung wächst in Ungarn die Überzeugung, daß es im PL-Konflikt keine kulturell-ideologische, sondern »nur« eine zivilierte, pragmatische Lösung gibt. Der Konflikt läßt sich abmindern, unter den Teppich kehnen oder bestenfalls übergehen und vergessen; er ist jedoch nicht zu lösen. Wie ein unterirdischer Fluß kann er jederzeit wieder an die Oberfläche treten.

Die Beteiligten der PL-Debatte haben begriffen, daß eine kompetitive Demokratie kein Allheilmittel darstellt: Sie kann die Konflikte in zyklischen Zeitabständen verschärfen oder aber verhindern, daß sie sich zu einem Kultukampf auswachsen. Verhinderung würde Selbstverteidigung bedeuten, d. h. einen Konsens, der darauf beruht, daß die potentiell Kriegslüsternen in der politischen Klasse ein elementares Interesse daran haben, die Konfrontationen einzufrieren, hinauszuschieben und so möglicherweise zu überleben. Läßt sich dieser spontane Prozeß durch Vermittlung beschleunigen? Wenn mit Vermittlung eine Art Freudscher Therapie gemeint ist, durch die Vorurteile und unterdrückte Aggressionen artikuliert, Erinnerungen mobilisiert und interpretiert werden sollen, um den »Patienten« zu befreien, wäre hinsichtlich der Ergebnisse der Behandlung wohl eher Skepsis angesagt. Durch die Benennung der verschiedenen Stigmata und Beschuldigungen würden die Feindseligkeiten eher wieder neu belebt, vor allem dann, wenn kein unparteiischer Schlichter zur Verfügung steht. Sprache kann gefährlich sein: In einem Kultukrieg, der von Zeit zu Zeit mit wirklichen Kriegen in Verbindung gebracht wird, können Worte tödlich wirken. Es könnte auch sein, daß einer der miteinander streitenden Partner die rationale Disputation *ab ovo* als Bestandteil des kulturellen Erbes des Gegners ablehnt. Auf jeden Fall erfordert Vermittlung von den Antagonisten ein gewisses Maß an Nüchternheit, die Fähigkeit, sich in einem Dialog zu engagieren und einen Schiedsrichter zu akzeptieren. Was geschieht, wenn die Patienten gar nicht zum Arzt gehen wollen? »Haßtraden«, Stigmatisierung und Schuldzuweisungen sind nicht die besten Voraussetzungen für Schlichtung. Selbsternannte Vermittler wie die Revolutionäre von 1956, der Finanzier George Soros oder der Schriftsteller Péter Esterházy (ein liberal eingestellter Aristokrat)

krat), die alle in gutem Glauben handelten, waren bislang nicht in der Lage, dauerhafte Ergebnisse zu erzielen.

Wäre es nicht besser, man würde das kollektive Unterbewußtsein so belassen wie es ist, eine klare Sprache vermeiden (»Frag nicht, wer zuerst schoß«, »Nennt das Massaker ein bedauerliches Ereignis«) und eine Art Moratorium im Rahmen der Therapie akzeptieren? Deutschland, Frankreich oder Österreich in der Nachkriegszeit bieten – bessere oder schlechtere – Beispiele dafür, wie sich die Begleichung historischer Rechnungen ausschieben läßt und die Erinnerung durch Vergessen bzw. Gedächtnisverlust ersetzt werden kann.²⁹ Es ist auch fraglich, ob man zu einem Moratorium im Stil von »Vergessen ist besser als reden« raten kann, nachdem so viele Jahrzehnte lang unter dem Kommunismus ein anderes Moratorium galt, in dem fast dieselben Themen der PL-Kontroverse in Tabus verwandelt wurden. Sollten wir statt dessen Institutionen schaffen, die in der Lage sind, anders als der Psychiater die Vermittlung auf eine unsöhnliche Weise durchzuführen? Die westlichen Beobachter neigen dazu, auf die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Osteuropa zu vertrauen. Sie behaupten, deren Institutionen könnten die großen normativen Konflikte lokalisieren, fragmentieren und durchschneiden. Werden sich die Populisten und Liberalen miteinander versöhnen, wenn sie erst einmal denselben Club von Briefmarkensammlern angehören? Das könnte sein, vor allem, wenn man sich andere, quasi-politische Organisationen der Zivilgesellschaft vorstellt, wie zum Beispiel Berufsverbände, Interessenbewegungen oder die Kirche. Unglücklicherweise zeigt die gegenwärtige Erfahrung in Ungarn, daß eine Verdopplung der zivilen Initiativen und ihre Integration durch die Parteien erfolgt: Wahrscheinlich gibt es also bereits sowohl einen populistischen als auch einen urban-liberalen Club von Briefmarkensammlern. Sollte man sich deshalb also wieder nach einem gemeinsamen Feind sehnen (nach einem imperialistischen Rußland, nach Chauvinisten in der Nachbarschaft, nach dem »guten alten« Kommunismus und postmodernen Populisten im Inland oder – *horrible dictu* – nach einer ultra-zentralistischen Europäischen Union)? Oder sollen wir die jugoslawische Lö-

sung bevorzugen, die darin besteht, die Konfrontation auf die Spitze zu treiben, um sie für alle Zeit zu kompromittieren? Für den Friedensprozeß im PL-Konflikt gibt es hoffentlich weniger schmerzhafte Möglichkeiten.

Seit 1989 hat die Demokratie die Beteiligten der PL-Debatte gelehrt, miteinander zu verhandeln und auch zweitbeste Lösungen im politischen Prozeß anzuerkennen. Sie lernten, daß die Sprache professioneller Politikentscheidungen selten bipolar ist. Die Vielparteienpolitik mit all ihren lobbyistischen Mechanismen trug dazu bei, die PL-Dichotomie aufzubrechen, indem die Konfrontation quer durchschnitten wurde. Konfligierende Normen wurden in konfligierende Interessen übersetzt, wirtschaftliche Gruppierungen betraten die Szene, neue Pufferzonen wurden sichtbar und es stellte sich heraus, daß es tatsächlich gemeinsame Lösungen gab. Keine der beiden Gruppen konnte für sich eine »genuine« Wählerschaft finden. Die ungarische Gesellschaft ließ nicht zu, daß sie in zwei Segmente gespalten wurde, etwa in Gewinner und Verlierer der postkommunistischen Transformation, in ein westliches und östliches Ungarn, in Städte und Dörfer usw. Die repräsentative Demokratie zwang die Antagonisten, ihre Programme zu pluralisieren, und diese Pluralisierung bedeutete, daß sich teilweise Überschneidungen der Programme ergaben. Der Parlamentarismus zwang viele Populisten dazu, das Aushandeln als solches zu akzeptieren, die verfassungsmäßigen Verfahrensweisen zu befolgen und die romantisiche Sprache durch einen professionellen Diskurs zu er setzen. In ähnlicher Weise wurden die Liberalen zu der Erkenntnis veranlaßt, daß die Populisten nur so lange minderwertige Partner einer rationalen Diskussion sind, bis sie lernen, die Spielregeln zu beachten. Dann jedoch beginnt eine echte Rivalität zwischen den beiden Seiten, und keine Seite kann sich ihrer Überlegenheit in professioneller, ideologischer oder moralischer Hinsicht sicher sein. So viel zur Sonnenseite der Demokratie. So zynisch es auch klingen mag, würde ich doch auch sehr viel Vertrauen in die Defizite des parlamentarischen Systems und in die Unsicherheiten des *fin de siècle* auf dem Gebiet der politischen Ideologien setzen. Westliche Analytiker zählen gern die

Symptome des Verfalls auf, wenn sie ihre alten Demokratien verbal zu Grabe tragen (allgemeines Mißtrauen gegenüber Institutionen, verbreitete Korruption, überkomplizierte Verfahrensweisen, unfair Koalitionen, Relativierung politischer Philosophien usw.). Ironischerweise könnten nun gerade diese Symptome in den neuen Demokratien in Osteuropa zu einer allgemeinen Frustration beitragen und so die Versöhnung entlang der PL-Frontlinie herbeiführen. Zwar könnte der Preis dieser Frustration wie im Westen in einer Schwächung des Liberalismus und dem Erfolg eines postmodernen Populismus bestehen. Dennoch arbeiten die Unzulänglichkeiten des demokratischen Systems gegen liberale Selbstzufriedenheit und verringern die Schmach der populistischen Verlierer: Es handelt sich eben nicht um eine Situation, in der der Gewinner alles einstreichen kann. In der Folge könnte sich die Nachfrage nach Prophezeiungen auf beiden Seiten verringern. Im optimalen Fall könnte darauf eine konzentrierte Suche nach nichtutopischen Lösungen folgen, in denen die früheren Antagonisten ein gemeinsames Minimum von demokratischen bzw. liberalen Regeln akzeptieren und in vereinter Anstrengung die Radikalen disziplinieren und die Extremisten aus der parlamentarischen Kommunikation ausschließen.

In gewissem Sinne wurden die »unsicheren Geister« in beiden Lagern durch diesen am Ende des Jahrhunderts auftretenden Demokratiestil noch unsicherer und reduzierten ihre direkten politischen Aktivitäten. Der Exodus der Parteientellettuellen aus der Politik hat bereits begonnen. Einerseits wurden sie von den Bevölkerungskern hinausgetrieben, andererseits konnten sie es nicht mehr ertragen, daß die Parteibürokratie die »geheiligten« Prinzipien ihrer Parteien verriet. Dadurch verringerte sich die Hitze des PL-Disputes. Eine weitere Verringerung ist durch die gegenwärtig stattfindende Marktorientierung der kulturellen Sphäre zu erwarten, eine Marktorientierung, durch die die Unterschiede zwischen den vom Staat subventionierten Intellektuellen und den »Parias« verwischt werden; gemeint sind Populisten oder Liberales, je nachdem, welches Lager gerade an der Regierung beteiligt ist.

Im Jahre 1994 stimmten die ungarischen Bürger für eine Profanierung der Parteipolitik. Sie machten der politischen Klasse klar, daß sie nicht an Symbolen und Erinnerungen interessiert sind. Indem die Wählerschaft die Neosozialisten an die Regierung brachte, wirkte sie zugleich als mächtigste Vermittlungsinstanz in der Geschichte des Kulturmärktes. Berücksichtigt man alle Faktoren, so waren es die Wähler, die den Konflikt »in zivilisierte Bahnen lenkten«, d. h. dazu beitrugen, die Feindseligkeiten wie in fortgeschrittenen westlichen Gesellschaften unter Kontrolle (oder außerhalb des Parlaments) zu halten. Die früheren Feinde fühlen sich allerdings in dieser neuen Atmosphäre parteilicher Toleranz ein wenig unwohl. In einigen Jahren jedoch könnten die wiederholten politischen Kompromisse zwischen ihnen zu einer Art kultureller Synthese von Nationalkonservatismus und sozialem Liberalismus führen.³⁰ Bis dahin möchte ich nicht von einer Konfliktlösung sprechen.

Bei allem Respekt für die Vorzüge und auch für die Defizite der Demokratie habe ich doch Zweifel, ob sich der Weg vom Waffenstillstand zum Frieden ohne ein ungarisches *Wirtschaftswunder* wesentlich verkürzen läßt und die Geister in ihre Grüber zurückgeschickt werden können. Die Wirtschaftswunder in Deutschland, Japan usw. waren nach dem Krieg von der normalen Vermittlung von außen abhängig (ganz zu schweigen von der großzügigen wirtschaftlichen Aufbauhilfe des Westens). In gewissem Sinne wurden die Verlierer zur Demokratisierung und zur Liberalisierung verurteilt. Im Gegensatz zu diesen »glücklichen« Verlierern erhalten die Verlierer des Kalten Krieges 44 Jahre später verhältnismäßig wenig Wirtschaftshilfe und noch weniger normative Unterstützung. Läßt man einmal die Initiativen einiger ausländischer (vor allem deutscher und amerikanischer) Stiftungen außer acht, die darauf zielen, die streitenden Parteien wieder aufeinander zuzuführen, so traten in Ungarn, einem Budapester Witz zufolge, nur der Internationale Währungsfonds und die Weltbank als externe Vermittler auf. Warum gerade sie? Weil sie mit ihren unvermeidlichen Paketen von *austerity*-Maßnahmen das erreichten, was in der Geschichte des

PL-Konfliktes noch niemand geschafft hatte: die Konvertierung der Hälfte der Liberalen zum Populismus.

Angesichts der Tatsache, daß es weder eine Okkupation durch den Westen noch einen neuen Marshallplan gibt, müssen die Populisten und die Liberalen in Ungarn hart daran arbeiten, von innen heraus eine Art neuer Kohäsion zu schaffen. Gelingt ihnen dies, wird es eine so gewaltige Leistung darstellen, daß selbst die nüchternsten Liberalen vor Nationalstolz glühen werden. Aber wie sollen dann die Nationalpopulisten diese Situation ertragen?

Anmerkungen

¹ Der im englischen Kontext geläufige Terminus »Westernizer« wird im folgenden manchmal mit »Westler« übersetzt. Der Gegenbegriff »Populist« wird hier ins Deutsche übernommen, um irreführende Konnotationen (z. B. »völkisch«) zu vermeiden, obwohl das Wort »Volkstumler« das Phänomen bis zum Zweiten Weltkrieg ziemlich genau wieder gibt.

² In diesen Klischees werden die elitären und mystischen Slawophilen mit den späteren Narodniki gleichgesetzt, den eigentlichen Urvätern der osteuropäischen Populisten, die eher radikale Agrarsozialisten (Anarchisten) waren als überzeugte Nationalisten. Für eine konzeptuelle Klarstellung vgl. Chirat, Daniel, 1989, Ideology, Reality and Competing Models of Development in Eastern Europe Between the Two World Wars. *East European Politics and Societies*, 3; Gellner, Ernest, 1992, *Nationalismus in Osteuropa*, Wien; Gellner, Ernest, 1994, *Encounters with Nationalism*, Oxford; Greenfeld, Liah, 1992, *Nationalism. Five Roads to Modernity*, Cambridge, Mass.; Ionescu, Ghita und Gellner, Ernest, Hg., 1969, *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London; Schöpflin, George, 1994, »Conservatism in Central and Eastern Europe«, in Kovács, J. M., Hg., 1994, *Transition to Capitalism? The Communist Legacy in Eastern Europe*, New Brunswick, Venure, F., 1972, *Les intellectuels, le Peuple et la Révolution. Histoire du populisme russe*, Paris; Walicki, Andrzej, 1967, *Legal Philosophies of Russian Liberalism*, Oxford; Walicki, Andrzej, 1969, *The Controversy over Capitalism*, Oxford; Walicki, Andrzej, 1975, *The Slavophile Controversy*, Oxford.

³ Siehe hierzu Szacki, Jerzy, 1995, *Liberalism after Communism*, Budapest; Kovács, J. M., Hg., 1991, *Rediscovery of Liberalism in Eastern Europe. East European Politics and Societies*, Winter.

⁴ Meiner Meinung nach stützen sich postmoderne Populisten in Osteuropa, wie z. B. Vladimir Mečiar, Vojislav Šešelj, József Tógyán, Stanisław Tymonski und Włodzimierz Siciński, auf einen traditionellen, gegen das Establishment gerichteten Diskurs, das heißt, auf eine im Grunde prämoderne Kritik der kompetitiven Demokratie, während sie gleichzeitig die romantisches antikapitalistische Botschaft ihrer Vorläufer relativieren. Zu den Ähnlichkeiten ihrer Programme mit denen von Umberto Bossi, Pat Buchanan, Jörg Haider, Jean-Marie Le Pen oder Ross Perot siehe Kovács, J. M., 1996, »Haider in Hungary. Notizen zum postmodernen Populismus«, in: *Transit* 11.

⁵ Siehe Kovács, J. M., 1993, »Which Institutionalism? Searching for Paradigms

of Transformation in Eastern European Economic Thought», in: Wagener, Hans-Jürgen, Hg., 1993, *The Political Economy of Transformation*, Heidelberg.

6 Siehe Greskovits, Béla, 1995, Demagogic Populism in Eastern Europe?, *Telos*, Winter.

7 Wahrscheinlich würde eine vergleichende Untersuchung der Tschechischen Republik, Ungarns, Polens und einiger der ehemaligen jugoslawischen Republiken die möglicherweise objektivste Geschichtsdarstellung des Konfliktes zwischen Populisten und Westernzern in Osteuropa ergeben. In Bulgarien, der Slowakei und den ehemaligen Sowjetrepubliken gab es kürzere Perioden einer »Verbürgerlichung« und/oder eine längere Phase eines hard line-Kommunismus. Leider geht im Falle Russlands ein hochentwickeltes breites Forschungsfeld und eine höchst bemerkenswerte Konfrontation im 19. Jahrhundert verloren. Im Falle Jugoslawiens werden die Konflikte zwischen Populisten und Westernzern von den wieder auflebenden ethnischen Kämpfen überdeckt (oder ausgesetzt). In der modernen tschechischen Geschichte war die Agrarfrage immer weniger wichtig als in den anderen Ländern der Region; dennoch gewann die populistische Option durch die Verbindung mit den Slawophilen an Bedeutung. Und das Wiederaufleben des hard line-Kommunismus nach dem Prager Frühling verlängerte die Pause in der Kontroverse zwischen Populisten und Westernzern. Im Falle Polens könnte die Hegemonialstellung des Katholizismus die tiefen Bruchlinien verbergen, die zwischen Nationalisten und Liberalen bestehen. Diese konfessionelle Bindung Polens, das auch ständig auf Unabhängigkeit von Russland beharrte, läßt den polnischen Populismus weniger »östlich« erscheinen.

8 Im folgenden werde ich formal diese Selbstbezeichnungen akzeptieren, sie aber inhaltlich Schrift in Frage stellen. Mangels einer geeigneten deutschen Äquivalenz wird hier der etymologisch aufs Lateinische zurückgehende ungarische Begriff »urbánus« meistens mit »liberal« übersetzt, obwohl sich beide Begriffe nur teilweise decken.

9 Die Wurzeln der PL-Debatte in Ungarn gehen bis ins 19. Jahrhundert zurück, obwohl damals Prinzipien wie »Vaterland« und »Fortschritt«, um die Terminologie der damaligen Zeit zu verwenden, von großen Teilen der politischen und kulturellen Elite noch immer als sich gegenseitig ergänzende Begriffe angesehen wurden. Die wesentlichen Gründe, die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zur Trennung der beiden Prinzipien führten, waren vielfältig: der Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, der Friedensvertrag von Trianon, die massive Assimilation der Juden, die schnell wachsende Zahl der Intellektuellen, die kommunistische Diktatur von 1919, die Nachkriegsstagnation, die Wirtschaftskrise und das Hinauszögern der Agrarreformen in den 20er Jahren.

10 Für eine Darstellung der ersten Runde der PL-Kontroverse siehe Bartókádi, Gyula, 1976, *Der ungarische Populismus*, München; Donáth, Ferenc, 1992, A Márkusi Frontál Monor (Von der Márkfront bis Monor), Budapest; Fejtő, Ferenc, 1990, *Budapesti Partizsg* (Von Budapest bis Paris), Budapest; Fejtő, Ferenc, 1990/2, A zsidóság és a népi-urbánus vita (Das Judentum und die Debatte zwischen Populisten und Liberalen), Száradvég; Juhász, Gyula, 1983, *Urkodás eszmék Magyarországon, 1939–1944* (Vorherrschende Ideen in Ungarn, 1939–1944), Budapest; Lackó, Miklós, 1988, Korszellem és titokmány (Zeitgeist und Wissenschaft), Budapest; Lengyel, András, 1994, *Utak és csapdák* (Wege und Fallen), Budapest; Nagy, Péter

Sz., Hg., 1990, *A népi-urbánus vita dokumentumai, 1932–1947* (Anthologie der Populistisch-Liberalen Debatte), Budapest; Németh, Dénes, 1985, *A népi szociográfia* (Populistische Soziographie), Budapest; Poszter, György, 1993/2, *Görbe tükör és forgatókönyv. Népiek és urbánusok a marxista kritikában, 1937–1943* (Populisten und Liberale in der marxistischen Kritik), Táradalmi Szemle; Salamon, Konrád, 1982, *Utak a Márciusi Front felé* (Wege zur Märzfront), Budapest; Szabó, Miklós, 1989, *Poliitika kultúra Magyarországon* (Politische Kultur in Ungarn), Budapest.

11 Das Wort »Populist« (népi, népies) wurde bereits im 19. Jahrhundert geprägt, während die Bezeichnung »Urbane« (urbánus) charakteristischerweise in ihrer lateinischen Version in den späten 20er Jahren dieses Jahrhunderts erstmals aufrat. Die Liberalen benutzten das Wort als Synonym für eine gebildete, moderne, hochentwickelte, »europäische« Weitsicht und als Gegensatz zur ländlichen Rückständigkeit; die Populisten hingegen brachten den Begriff mit Adjektiven wie fremdartig, künstlich, kriminell usw. in Verbindung. (Siehe hierzu Lengyel, 1994.) Der einzige Teilnehmer der Debatte, der Weitruhm erlangte, ist der Pariser Historiker François Fejtő, der der liberalen Gruppe angehörte.

12 Vgl. Konrád, György; und Szelenyi, Iván, 1979, *Intellectuals on the Road to Class Power*, New York; Kovács, J. M., 1992, Compionate Doubts about Reform Economics (Science, Ideology, Politics), in: Kovács, J. M., und Tarlos, M., Hg., 1992, *Reform and Transformation. Eastern European Economists on the Threshold of Change*, London; Kovács, J. M., »Planning the Transformation? Notes about the Legacy of the Reform Economists», in: Kovács, Hg., 1994.

13 Siehe Rakowski, Marc (Bence, György und Kis, János), 1978, *Towards an East-European Marxism*, London.

14 Siehe Haraszti, Miklós, 1987, *The Velvet Prison. Artists under State Socialism*, New York.

15 Siehe Csizmadia, Ervin, 1995, *A magyar demokratikus ellenzék (1968–1988)* (Die demokratische Opposition in Ungarn), Budapest; Heller, Mária, u.a., 1990/2, *Népesedési viták* (Debatten über Bevölkerungswachstum), Századvég; A magyar nyilvánosság szerkezetváltozásai a Kádár-rendszerben (Strukturwandel des öffentlichen Lebens in Ungarn unter dem Kádár-Regime), in: Sornhai, Péter, Hg., 1992, *Ertelekrendek és társadalmi-kulturális vállalkozások*, Budapest.

16 Die Verlockungen der kommunistischen Falle wurden durch die philanthropischen Aktivitäten des amerikanischen Geschäftsmannes und gebürtigen Ungarn, George Soros, teilweise neutralisiert. Soros lebte in der Mitte der 80er Jahre ein Hilfsprogramm für Ungarn ein, wobei er die aufrichtige Absicht verfolgte, die Kluft zwischen Populisten und Urbanen aufzufüllen. Neben Azrél und Lukács wurde Soros zum dritten Dämon der neuen antisemitischen Mythologie der 90er Jahre.

17 Siehe Bibó, István, 1990, *Zur Judenfrage. Am Beispiel Ungarns nach 1944*, Frankfurt; Bibó, István, 1992, *Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaten*, Frankfurt; Donáth, 1992.

18 Standesky, Eva, 1994/10, *A népi irók és a batalom* (Die populistischen Schriftsteller und die Kommunistische Partei), Holmi; Heller, Mária, u.a., 1991, »A népies bezédmód alakulásával az elnölt harmadik évbén« (Veränderungen des Populistischen Diskurses in den letzten 30 Jahren), Közérősek, Budapest.

- 19 Hankiss, Elemer, 1990, *Eastern European Alternatives – Are There Any?*, Oxford; Bruszt, László, und Stark, David, 1991, »Remaking the Political Field in Hungary: From the Politics of Confrontation to the Politics of Competition«, in: Banac, Ivo, Hg., 1991, *Eastern Europe in Revolution*, Ithaca; Bozóki, András, 1993, »Hungary's Road to Systemic Change: the Opposition Roundtables«, in: *East European Politics and Societies*, Frühjahr.
- 20 Die Hauptakteure waren:
- National-Konservative:
 - Ungarisches Demokratisches Forum
 - Christlich-Demokratische Volkspartei
 - Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte
 - Allianz der Freien Demokraten (Liberale)
 - Verband der Jungen Demokraten (Junge Liberale)
 - Neosozialisten:
 - Ungarische Sozialistische Partei (Rechtsnachfolgerin der reformerischen Mehrheit der ehemaligen Kommunistischen Partei).
- Das Ungarische Demokratische Forum war 1990–1994 die führende Kraft in der nationalkonservativen Regierungskoalition. Seit 1994 ist die Populärheit des Forums stark zurückgegangen (1996 kam es zu einer Parteispaltung), während die Partei der Kleinen Landwirte an Popularität gewann. Die Stellung der Christdemokraten blieb unverändert. Die Freien Demokraten waren 1990–1994 die führende Oppositionspartei. Nach dem Erdrutschsieg der Sozialistischen Partei (der bisher kleinsten Oppositionspartei) bei den Wahlen von 1994 bildeten die Freien Demokraten mit der Sozialistischen Partei zusammen die Regierung. Seither verloren beide Parteien stark an Popularität. Die Jungen Demokraten, die zuvor eng verbündete der Freien Demokraten gewesen waren, befanden sich nach den Wahlen von 1994 in der Opposition und begannen nun mit den Nationalkonservativen zusammenzuarbeiten. Ihre Popularität wächst.
- 21 Für Literatur über die PL-Kontroverse nach 1989 siehe Borbádi, Gyula, 1993/4, *A népegykritika nyomorúága* (Das Elend der Kritik an den Populisten), Valóság; Bozóki, András, 1994/3, *Vázlat három populizmustól* (Ein Umriß der drei Populismen), Politikatudományi Szemle; Heller, Mária, und Rényi, Agnes, 1996, »Discourse Strategies in the New Hungarian Public Sphere. From the Populist-Urban Controversy to the Hungarian-Jewish Confrontation«, in: Mainicke-Gyöngyösi, Krisztina, Hg., 1996, *Öffentliche Konfliktdiskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Verantwortung und nationale Identität*, Frankfurt; Kovács, Eva, 1994/6, »Volkskülli-Péter, 1994/11, »A hovagyitiköt vége?« (Wird der Ritterkampf jemals enden?), Mózgó Világ; Lackó, Miklós, 1992/10, »Népiesség tegnap és ma« (Populismus (Gestern und Heute)), 2000, Radnóti, Sándor, 1992/6, »A populizmusról« (Über den Populismus), Kritika; Tamás, G. M., 1991, »Farewell to the Left«, *East European Politics and Societies*, Winter; Tamás, G. M., 1992/10, »Ahogyan az ember fogyszéssel viselkedik« (Wie man sich im Wirbelsturm verhalten soll), Valóság.
- Siehe ferner die Sonderausgabe der Zeitschrift *Századkép*, 1990/2: »Népiék Mythos?«, vor allem die Beantwortung ihres Fragebogens durch András Gergely, András Gerő, Géza Hegedűs, Péter Kende, László Lengyel,
- 22 Siehe Csoori, Sándor, 1991, *Nappali bold* (Mond am Tageshimmel), Budapest; Radnóti, Sándor, 1992/6, »Emosz és démosz« (Ethos und Demos), Holmi.
- 23 Siehe Csurka, István, 1991, *Új magyar önépités* (Gedanken über den Syntaxiswechsel), Budapest; Csurka, István, Nélány gondolata rendszerváltásról (Neue ungarische Selbstschaffung), in: *Magyar Fórum*, 20. 8. 1992.
- 24 Siehe »Népek és urbánsok« (Populisten und Liberale), Századvég Gyuráy, János, 1994/9, »Vakabot megint utat veszettünk« (Irgendwo haben wir unseren Weg wieder verloren), 2000.
- 25 Siehe Kovács, 1996.
- 26 Die Revolution von 1989 in Ungarn war keine glorreiche Revolution, wenn man ihren pragmatischen Verlauf nicht anerkennt. Der erste Ministerpräsident der neuen Demokratie hatte sich unter den Kommunisten nicht als Dissident hervorgetan, sondern hatte ein Museum geleitet. Der zweite Ministerpräsident arbeitete als typischer Manager in einer sozialistischen Firma. Der dritte (gegenwärtige) Ministerpräsident war Mitglied der kommunistischen Terrorgruppen nach 1956. Der Vorsitzende einer der beiden radikal-populistischen Parteien gestand ein, daß er in den 60er Jahren als Agent der Geheimpolizei tätig gewesen sei; der Vorsitzende der anderen Partei bestreitet eine solche Tätigkeit noch immer.
- 27 Siehe Kende, 1994; Lackó, 1992; Radnóti, 1992; Tamás, 1992.
- 28 Siehe Greskovits, Béla, 1996/7, *Populista átmenet-programok Magyarországon*, 2000 (Populistische Übergangsprogramme in Ungarn).
- 29 Siehe Judt, Tony, 1992, *The Past is Another Country*, *Daedalus*, d. F. in: *Transit* 6, 1993.
- 30 Es ist schwer voraussagbar, ob diese Annäherung auf der Ebene der Parteipolitik erfolgen kann. Heute werden die Liberalen von den Neosozialisten umarmt und die Jungen Liberalen scheinen zwischen den gemäßigten und den radikalen Nationalkonservativen zu schwanken. Auf jeden Fall würde es dem Friedensprozeß nicht schaden, wenn ihm ein »apolitischer Dialog« vorausginge. Siehe Kis, János, 1996, *Túl a nemzetállamon (Jenseits des Nationalstaates)*, *Beszélő*, Nr. 3, 5. 4.
- György Litván, György Szabad, Iván Szélényi, Ákos Szilágyi, G. M. Tamás und Minály Vajda.